

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 47. Jahrgang

AZB 3001 Bern / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 11/12 2012

SD muss neu erfunden werden!

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–14

Sie ist tot – wir fangen neu an!



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
SD-Zentral-
präsident,
Frenkendorf

Unsere Partei gibt es seit mehr als 50 Jahren. Die Erfolge waren gross. Anfang der siebziger Jahre bremsen unsere Anti-Überfremdungsiniciativen die Einwanderung. Unter dem Namen Nationale Aktion (NA) hatten wir während dieser Zeit auch grosse Wahlerfolge. Dann folgten einige Jahre, bei denen wir politisch unten durch mussten. Mit dem neuen Namen Schweizer Demokraten (SD) feierten wir in den neunziger Jahren wieder grosse Wahlerfolge und es gelang uns, den Ausverkauf der Heimat etwas zu bremsen.

Dank der grossen Leistung der NA und der SD haben wir heute in unserem Lande nicht noch mehr

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Ausländer. Wir waren mit unseren Volksiniciativen die erfolgreichen Bremsen!

Seither aber ging es mit unserer Partei bergab. Wir schafften keine Wahlerfolge mehr. Die letzten Misserfolge waren die Aargauer Grossratswahlen und die Berner Stadtratswahlen. Intern sind wir uns in der Parteiführung einig:

Mit dem Parteinamen SD kommen wir nicht mehr weiter, ein neuer Parteiname muss her. Und unser Parteiprogramm muss modernisiert werden.

Das hat uns vor einigen Monaten dazu bewegen, einen Marschhalt zu machen und die Diskussion über einen neuen Parteinamen und ein neues Parteiprogramm in die Wege zu leiten. **Effektiv müssen wir uns eingestehen, dass die SD mindestens mit der politischen Wirkung gegen aussen fast tot ist.** Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die SD zu beerdigen. Das heisst aber nicht, dass wir aufhören wollen zu politisieren. Die Parteileitung und der Zentralvorstand wollen, dass es politisch weitergeht. Aber wir müssen uns total erneuern. Wir müssen zum Wandel bereit sein.

Ein Wandel ist also angesagt. Denn es braucht in unserem Lande nach wie vor eine Partei, die national, konservativ, demokratisch, ökologisch und sozial ausgerichtet ist. Zum einen benötigt es eine Partei, die sich für die Belange der Leute einsetzt, die noch schweizerisch denken. Zum anderen besteht in der hiesigen Politlandschaft auch Raum für eine Opposition, welche diejenigen Menschen mitnimmt, die nicht so hohe Löhne oder Renten haben. Keine, aber auch wirklich keine einzige andere konservative Partei setzt sich für die Leute mit nicht so hohen Löhnen und Renten ein und zwar auch nicht die SVP, welche das Grosskapital und deren Interessen im Parlament vertritt.

Wir sind diejenigen, welche sich jahrzehntelang dem Ausverkauf der Heimat und der Verbetonierung entgegenstellten. Die SVP wollte noch bis vor kurzem das dazu notwendige Gesetz ganz aufhe-



Es ist ein langer Weg – aber die Richtung in unsere erfolgreiche Zukunft stimmt!

Für diesen Neuaufbruch brauchen wir auch viel Geld. Ohne das geht es nicht. Deshalb legen wir Ihnen einen Einzahlungsschein bei. Wir hoffen und zählen auch finanziell weiterhin auf Ihre Unterstützung. Namens der Parteileitung danke ich Ihnen sehr herzlich für Ihre Spende. Ob gross oder klein spielt dabei keine Rolle.

Und noch dieser Hinweis: Das Abonnement 2013 für unsere Zeitung wird erst im Januar/Februar mit einem separaten Einzahlungsschein eingezogen.

Ihr e. Nationalrat Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident

ben und den Markt, sprich die Bau-lobby, sprechen lassen! Das heisst, es gibt im politischen Feld eine Marktlücke für uns. Wir müssen nur bereit sein, diese aktiv auszufüllen!

Neues Programm erarbeitet

Die entscheidenden Gremien unserer Partei sind fast fertig mit der Erarbeitung und Vorbereitung eines völlig neuen Parteiprogramms.

Es ist moderner, zeitgemässer und enthält viel mehr konkrete politische Lösungsansätze als das bisherige Programm. Wir schaffen das, ohne unsere bisherigen politischen Grundprinzipien zu verraten.

Das heisst, wir legen uns eine neue Basis. In den letzten fünf Jahren

Fortsetzung Seite 2



Wir wünschen Ihnen frohe Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Ihre SD-Parteileitung



SD muss neu erfunden werden!*Fortsetzung von Seite 1*

haben einige unser Schiff verlassen. Das waren diejenigen, welche wir mit Fug und Recht als Flugsand mit wenig Rückgrat bezeichnen können. Es waren Leute, die Niederlagen offensichtlich nicht ertragen konnten. Aber das gehört in der Politik selbstverständlich auch dazu. Mit Flugsand lässt sich auf Dauer keine Politik betreiben. Zurückgeblieben ist ein stahlharter Kern von Leuten, welche unsere Politik weiter betreiben werden und zu unseren politischen Werten stehen. **Und mit denjenigen, sowie mit allen, die neu zu uns stossen werden, machen wir einen Neuanfang. Wir sind überzeugt, dass wir mit unserem Programm neue Leute gewinnen werden.**

Neuer Partei- und Zeitungsnamen gesucht

Ja, Sie lesen richtig. Wir suchen einen neuen Parteinamen. Diesen wollen wir fortan auch mit einem neuen Zeitungstitel begleiten. Namen, die wir bisher entwickelt haben, begeisterten uns zu wenig. Wir

denken aber, dass sich da etwas finden lässt, das sofort einschlägt. Das war früher bei NA und bei SD der Fall. Und diesen Aufbruch erhoffen wir uns auch beim neuerlichen Anlauf. Nun sind Sie gefordert.

Sie haben mit dem Talon auf der letzten Seite die Möglichkeit, uns Namensvorschläge für den Parteinamen und die Zeitung einzureichen. Wir werden dann alle Vorschläge auflisten und in einem demokratischen Verfahren zu einem neuen Namen kommen.

Wir denken, dass da Tür und Tor offen sind, auch für kreative Lösungen. Dabei darf selbstverständlich die Rechtschreibung missachtet werden. In der Werbung ist diesbezüglich alles erlaubt. Es kann allenfalls auch nur ein Wort und eine dazugehörige Abkürzung sein. Und – es darf auch sehr modern oder eben neu, völlig neu klingen. Gesucht sind dabei vor allem Vorschläge, die sich aus einem Namen und einer Abkürzung zusammensetzen. Eine Bedingung steht natürlich:

Der Name und die Abkürzung müssen von allen anderen bekannten Parteien unseres Landes total abgrenzbar sein. Es darf nicht zu Verwechslungen mit andern Parteien kommen.

Ein solcher Name muss möglichst kurz sein. Er muss dann auch grafisch umsetzbar sein. Selbst für grafische Vorschläge sind wir immer empfänglich, auch wenn diese lediglich als Basis für weitere Ideen dienen. Vorschläge also, an denen weiter gefeilt werden müsste. Wir sind uns sehr sicher, dass wir mit tollen Vorschlägen überhäuft werden. **Überlegen Sie sich das in den nächsten Tagen und senden Sie uns Ihre Vorschläge bis Ende Dezember zu, damit Sie uns viel Ar-**

beit bescheren. Wir sind bereit, diese Arbeit zu leisten.

Auf der letzten Seite finden Sie diesen Talon, den Sie ausfüllen und an uns senden können, per Post oder per E-Mail. Sie dürfen selbstverständlich auch mehr schreiben und uns konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreiten.

Gerne lassen wir uns von Ihrer Kreativität und Fantasie überraschen. Bis es soweit ist, figurieren wir noch unter unserem bisherigen Parteinamen und auch die Parteizeitung heisst weiterhin «Schweizer Demokrat». Dürfen wir auf Ihre Unterstützung, aber auch auf Ihr Verständnis zählen?

Die Schweiz in 20 Jahren:

**Moscheestrasse 16, 8006 Zürich | chemin du Halal 42, 1003 Lausanne | viale del Muezzin 58, 6500 Bellinzona
veia Minarets 3, 7460 Savognin. – Wollt Ihr das?!**

Nicht «extrem», sondern quer!

Wir stehen vor einer systematischen Verbiegung der politischen Alltagsbegriffe durch fast alle Medien. Sie dient dem Machterhalt einer aktuellen, gefühlsmässig heimatlosen Elite in der sogenannten «freien Welt», die vor allem wirtschaftlicher Art ist.

Durch die Leitung globaler Konzerne übt diese Elite auch die politische Macht aus. Die Verbiegung wird so vorgenommen, dass behauptet wird, politische Haltungen und Gesinnungen liessen sich linear zwischen «rechts» und «links» einordnen.

An einem Ende befänden sich die «Linksextremisten» oder Kommunisten, anschliessend die «Linken», dann eine «Mitte», die «Rechten» und am andern Ende die sogenannten «Rechtsextremisten». Die Kommunisten sind durch den Zusammenbruch der Sowjetunion ohnehin diskreditiert. Bleiben als mögliche Opponenten in der angeblich freien Welt nur «Rechtsextreme», mit welchen man angesichts der Geschichte leicht fertig würde. **Durch einen Scheinkampf, der zwischen «rechts» gegen «links»**

oder umgekehrt veranstaltet wird, soll bewiesen werden, dass Demokratie herrsche. Dabei unterscheiden sich «Rechte» und «nicht extreme Linke» kaum voneinander!

Systematische Etikettierung

Ausnahmen sind ja immer möglich. Dennoch ist diese unterstellte Anordnung verlogen. Der Rechts-Links-Gegensatz kommt aus der Zeit der Französischen Revolution und stützt sich auf die damals gültige Sitzordnung im Parlament, links die «Linken», rechts die «Rechten». Er ist durch die heute herrschenden politischen Verhältnisse längst überholt, wird jedoch wegen der Nützlichkeit zum Machterhalt weiter gepflegt. Tatsächlich bilden politische Haltungen und Gesinnungen ein n-dimensionales Geflecht. Sie lassen sich in keiner Weise zu einer eindimensionalen Linie verkürzen. In fast ganz Mittel- und Westeuropa sind neue Parteien entstanden, die durchaus keine «rechten» sind, **sondern bei vorurteilsloser Betrachtung Forderungen kombinieren, welche die grossen Medien einerseits als «rechte», andererseits als «linke» bezeichnen, aber durchaus keine Widersprüche beinhalten!**



Gerade Parteien wie die Schweizer Demokraten (SD) werden mithilfe des Links-Rechts-Systems diskriminiert.

Pauschale Einteilung nicht praktikabel

Politische Diskussionen im Rahmen des Rechts-Links-Gegensatzes entsprechen nicht mehr den zeitgenössischen Problemen.

Oder besteht etwa ein Widerspruch zwischen der Forderung, die Einwanderung von Landesfremden sei zu begrenzen und zu bekämpfen, und derjenigen, das herkömmliche Territorium der Nation sei vor einer Umweltzerstörung, unter anderem durch Übervölkerung, zu schützen? **Überfremdung, steigen-**

de Kriminalität von Zuwanderern, einwanderungsbedingte Bevölkerungsvermehrung, dadurch entstehende ökologische Probleme, sind keineswegs Probleme eines Gegensatzes zwischen «rechts» und «links». Alle diese Parteien werden jedoch üblicherweise als **«Rechtsextreme» bezeichnet.** Dabei sind sie gar nicht extrem, nicht einmal «rechts», sondern bloss vernünftig. Rechtsextrem sind eher die ultraliberalen Wirtschaftszentralisten, welche am liebsten den Nationalstaat zugunsten einer «Globalisierung» ganz abschaffen möchten!

Fortsetzung Seite 3

Rückweisung des Staatsvertrages über die Flugbewegungen:

Nur eine Demütigung der Schweiz durch Deutschland?

Kurze Zeit nach der Ablehnung des Staatsvertrages über die Steuerabgeltung mit der Schweiz durch den deutschen Bundesrat (die Kammer der Ländervertretung) setzt der deutsche Verkehrsminister die Ratifikation des Vertrages über die Flugbewegungen mit der Schweiz aus. **Angeblich sollen offene Punkte nachverhandelt werden und angeblich ist diese Forderung auf Druck der deutschen Gemeinden des Schwarzwaldes, so Waldshut, zustande gekommen.**

Gleichzeitig fordern Journalisten des Tages-Anzeigers vom Bundesrat Nachverhandlungen in beiden Fällen. Ein solches Vorgehen wäre übrigens nichts anderes, als ein Kniefall der Schweiz vor dem übermächtigen Nachbarn.

Die politische Führung dieses Nachbarn erinnert sich offenbar nicht mehr an die jüngste Geschichte Deutschlands, so an die Zeit von 1933 bis 1945, oder vielleicht doch?! Denn diese Forderungen nach einer Kapitulation der Schweiz entsprechen ziemlich genau der damaligen Politik von Hitler gegenüber den europäischen Kleinstaaten, so insbesondere der Tschechoslowakei. Leider wurde 1938 die demokratisch regierte Tschechoslowakei durch die beiden europäischen Grossmächte Frankreich und Grossbritannien aus reinem Opportunismus im Stich gelassen. Erst zu spät erkannten diese beiden Mächte die eigentlichen Ziele von Hitler und seinem Dritten Reich. Letztlich war Polen der Auslöser des Krieges. Dieser Krieg forderte unzählige Opfer, so ermordeten die deutschen Nationalsozialisten 5 Millionen Juden auf bestialische Weise und massakrierten im weiteren Kriegsverlauf weitere 20 Millionen.

Hegemonialansprüche ohne Ende

Die Ablehnung der beiden Staatsverträge ist nichts anderes als das Spiegelbild der Politik und Strategie des heutigen Deutschlands.

Ein Blick auf die sogenannte Rettung des bankrotten Griechenlands bestätigt dies. **Die Regierung dieses Kleinstaates wird durch fortlaufende Verhandlungen zur sogenannten Sanierung seiner desolaten finanzpolitischen Lage immer wieder gedemütigt.** Dabei wird in den Medien nicht erwähnt, dass deutsche Banken und damit die deutsche Volkswirtschaft von den gegenwärtigen Zahlungen an Griechenland profitiert, ja dass Deutschland erst durch die Kredite seiner Banken an die südeuropäischen Staaten diese in den Bankrott getrieben hat, und dass gleichzeitig deutsche Unternehmen von den sinnlosen Bauprojekten in diesen Staaten profitiert haben. Ist nun das bisherige Vorgehen Deutschlands gegen unser Land nur auf Demütigung unserer politischen Führung, die wirklich keinen Stolz besitzt, beschränkt? Die Ziele dieser Politik dürften viel weiter gesetzt sein. Eigentlich weist die nicht zu bremsende Immigration sogenannter gut ausgebildeter Deutscher in unser Land auf die wahren Ziele unseres Nachbarn hin.

Obwohl Deutschland angeblich zu wenig akademische Arbeitskräfte vorweisen kann, strömen genau diese in die Schweiz.

Nicht «extrem», sondern quer!

Fortsetzung von Seite 2

Auch in der Schweiz kommt es verhältnismässig häufig vor, dass SVP und SP oder gar AUNS und Juso (Abgeltungssteuern!) gleiche oder ähnliche politische Haltungen einnehmen.

Regelmässig sprechen die grossen Medien dann in Anlehnung an den Rechts-Links-Gegensatz von einer «unheiligen Allianz», obschon die Allianz sachlich meist wohlbe-

gründet ist. Dazwischen bewegt sich eine «Mitte», die keineswegs eine echte Mitte ist, sondern ein politisches Wischiwaschi darstellt.

Es ist ein Fehler, Globalismus und Zentralismus in alle Himmel zu heben. Es widerspricht auch den angeborenen Verhaltensmustern des Menschen. Die Menschheit hat nur dann eine Überlebenschance, wenn es gelingt, mehr Kleinräumlichkeit und Föderalismus zu pflegen!

*Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf*



Vertragliche Vereinbarungen mit Deutschland gleichen einem Diktat.

Dahinter steckt System. Durch die Übernahme von Führungspositionen in Schweizer Firmen, die auch leichtfertig preisgegeben werden, und die systematische Kontrolle unserer Hochschulen durch deutsche Professoren, die gleichzeitig dafür besorgt sind, dass der Schweizer Nachwuchs behindert wird, entsteht über der Schweiz eine Führungsschicht, die nach Deutschland ausgerichtet ist.

Das langfristige Ziel dürfte die Bildung einer Zweiklassengesellschaft in der Schweiz sein, die sich auch in der Sprache und Kultur manifestieren wird.

In der Zukunft wird in der Oberschicht nur Hochdeutsch gesprochen und die Schweizer Proleten werden sich mit ihrer Mundart und kleinräumigen Kultur begnügen müssen. Dass es zu dieser Politik bereits heute Anpasser in der Schweiz gibt, zeigen die Beiträge des Tages-Anzeigers und auch die Voten der SPS zu diesem Thema auf. Erste Versuche zu einer solchen Entwicklung bestanden bereits vor dem Ersten wie auch vor dem Zweiten Weltkrieg, übrigens in Zürich. Deutschland und seinen Eliten sind die Schweizer mit ihrem Stolz und ihrer Unabhängigkeit ein Dorn im Auge. Das Deutsche Reich, 1871 durch Bismarck begründet, hat bis 1945 vor allem Kriegsverbrechen begangen. Das neue Deutschland und seine Verfassung sind nach 1945 durch die Siegermächte aus den Trümmern des Dritten Reichs errichtet worden. Dass diesem Deutschland nach wie vor die echte Demokratie fehlt, zeigt auch die Politik und

Kriegführung der deutschen Führung in Afghanistan auf. **Ohne Konsultation der eigenen Bevölkerung hat sich Deutschland in Zentralasien in einen Krieg eingelassen und kann wie die anderen beteiligten Mächte für Kriegsverbrechen an der afghanischen Zivilbevölkerung verantwortlich gemacht werden.**

Bewahren wir unsere Eigenständigkeit

Die Ziele der Politik von Deutschland müssen deshalb weitläufiger betrachtet werden. Dabei stellt die Demütigung des Kleinstaates Schweiz nur einen kleinen Ausschnitt dar. **Kultur und Politik des unabhängigen Nachbarn sollen auf das eigene Niveau, unter Aufgabe der direkten Demokratie, zurückgestutzt werden. Vielleicht sollte langfristig sogar ein neues Bundesland entstehen.** Der Vertrag des Westfälischen Friedens von 1648, der zur definitiven Trennung der Eidgenossenschaft vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation führte, soll rückgängig gemacht werden. Diese Trennung kam übrigens nur durch den gewaltigen Einsatz des damaligen Bürgermeisters von Basel, dem Patriot Johann Rudolf Wettstein, zustande. Die Demütigung ist deshalb nur als erster Schritt zu diesem Ziel zu sehen. Anpasser zu dieser Politik gibt es in unserem Land, wie erwähnt, zur Genüge. Ihr Vorbild sind die Schweizer Frontisten (Nationale Front) von 1933–1945, die unser Land ohne Wenn und Aber an Hitler ausliefern wollten.

*Andreas Stahel, Präsident
SD Kanton Zürich, Wädenswil*

Projektiert gegen Übervölkerung

Verschiedene Umstände haben mich bisher davon abgehalten, einen umfassenden Text zu den langfristigen Konsequenzen des Bevölkerungswachstums aber auch des stetigen Wirtschaftswachstums zu verfassen. Er müsste von einem kompetenten Autorinnen-Gremium erst noch geschrieben werden.

Mit der Problematik des Bevölkerungswachstums befasst sich in der Schweiz insbesondere die Vereinigung Umwelt und Bevölkerung, ECOPOP, Sekretariat: Postfach, 305 Zollikofen, die sich über jeden Mitgliederzuwachs freut.

Aus meiner Sicht wäre an sich die politische Landschaft der Schweiz durchaus reif für eine neue Partei mit schweizerischen und globalen Zielen, die sich weder links noch rechts, noch im Zentrum, sondern in einer noch zu definierenden Dimension ansiedeln müsste. Als Arbeitstitel könnte etwa «Gartenpartei» gewählt werden. Zu ihren wesentlichen Postulaten könnten gehören:

- Bevölkerungsstabilisierung in der Schweiz
- Bevölkerungsstabilisierung auf der Erde und Redimensionierung der Gesamtbevölkerung auf das die Artenvielfalt von Fauna und Flora wahrende Mass durch weltweite Propagierung der Einkindfamilie
- Definition neuer Lebensqualitätskriterien wie: Jedem Menschen seinen Garten, allen einen Park in Marschdistanz.
- Stopp dem Naturbodenraub in der Schweiz: es wird weiterhin, Tag und Nacht ein Quadrat-

meter pro Sekunde überbaut. Genauso wie unsere Vorfahren sich darauf einigen konnten, dass die Waldfläche konstant bleiben muss, soll die Baufläche konstant gehalten werden: Für jede Art der Neuüberbauung wäre eine entsprechende Fläche zu renaturieren.

- Massive Aufforstung weltweit. Es braucht 4000 Bäume, um den lebenslangen CO₂-Ausstoss eines US-Amerikaners zu kompensieren. Die Forderung, pro Sekunde weltweit 50 Bäume zu pflanzen, entsprechend der Geburtenrate von 5 pro Sekunde wäre daher direkt minimalistisch.
- Entmaterialisierung der Wirtschaft durch massive Investitionen in naturverträglichere Technologien (Informations- statt Gütertransport, Mikrotechnologie zur drastischen Reduktion von Rohstoff- und Energieverbrauch).
- Enttabuisierung bzw. Bewältigung des immer schärferen Konflikts zwischen Produktivitätssteigerung inkl. Automation und menschlichen Arbeitsplätzen.

Sie sehen: utopische Ziele! Es spricht leider vieles dafür, dass die Menschheit mindestens in der gegenwärtigen zivilisatorischen Ausformung die nächsten paar Hundert Jahre nicht überleben wird.

Wenn der gegenwärtige Geburtenzuwachs auch nur 500 Jahre länger anhält, gibt es wirklich nur noch einen Quadratmeter pro Mensch.



Obwohl die Probleme der Übervölkerung vielschichtig sind, darf nicht davon gesprochen werden.

Das Absurde ist dabei nicht diese Extrapolation, sondern die blinde Zuversicht, mit der weiterhin menschliche Biomasse zulasten der übrigen Natur und weit jenseits des der Arterhaltung dienenden Masses produziert wird. Jedes Elternpaar denkt, wegen seiner Kinder werde die Welt schon nicht zugrunde gehen. Und da liegt der Hase im Pfeffer: Wir sind grundsätzlich unfähig – vielleicht sogar genetisch programmiert – kumulierte und längerfristige Konsequenzen individuellen Handelns in Verhaltensveränderungen umzusetzen.

Vielleicht liegt die Erklärung für die statistisch tatsächlich erstaunliche Tatsache, dass wir trotz intensiver Suche noch keine Funktionale ausserirdischer Zivilisationen empfangen haben, darin, dass jede der Menschheit ähnlich komplexe Lebensform in sich den Keim

zur Selbstzerstörung trägt und darum kosmisch gesehen extrem kurzlebig ist.

Die Zukunft auf diesem Planeten gehört möglicherweise den Küchenschaben. Sie haben sich 300 Millionen Jahre völlig ohne Küchen durchgeschlagen und werden das vermutlich auch weitere 300 Millionen Jahre tun können.

Ich wünsche ihnen dazu alles Gute, und bedaure nur, dass Mozartklavierkonzerte und Liebesgedichte, der Zauber eines verdämmernenden Sommerabends und die schwebende Stille einer besonnenen Waldlichtung voraussichtlich, schon bald, blosser Erinnerung und kurz darauf nicht einmal mehr das sein werden. Schade! Es hätte ein fideles Planeten werden können, wären wir nur nicht zu dumm gewesen, die Probleme zu lösen, die zu schaffen wir gescheit genug wären.

Dr. Peter Creola, Bern

Polizist mit Steinen angegriffen

Mit grosser Betroffenheit hat der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB vom Vorfall in Thun (BE) erfahren. Dabei ist am Sonntagnachmittag ein Zürcher Stadtpolizist am Bahnhof Thun im Anschluss des Fussballspiels zwischen dem FC Thun und dem FC Zürich durch gezielte Steinwürfe verletzt worden. Der Polizist befand sich nach Spielende in der Nähe des Extrazuges im Bahnhof Thun.

Unvermittelt verliessen mehrere verummte Anhänger des FC Zürich den Extrazug und bewarfen den Polizisten gezielt mit Schottersteinen. Dieser wurde beim Angriff am Kopf verletzt und musste mit der Ambulanz zur medizinischen Versorgung ins Spital gefahren werden.

Er konnte glücklicherweise das Spital gleichentags wieder verlassen.



Der VSPB verurteilt diese Tat aufs Schärfste und wünscht dem verletzten Kollegen gute Besserung. «Wir sind in Gedanken bei unserem Kollegen», sagt VSPB-Generalsekretär Max Hofmann und fügt hinzu: «Wir hoffen, dass die Täter rasch gefasst und zur Rechenschaft gezogen werden.» Zudem fordert der VSPB, dass die Justiz bei Gewalt gegen Polizistinnen und Poli-

zisten das Strafgesetzbuch endlich mit aller Härte durchsetzt. «Es ist wirklich höchste Zeit, dass solche Delinquenten nicht länger mit Samthandschuhen angefasst werden. **Diese Täter gehören hinter Gitter, aber nicht nur für eine Nacht**», betont der VSPB-Generalsekretär.

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB

Opferschutz statt Täterschutz – Abschreckung durch härtere Strafmassnahmen!

Neuerfindung bringt bis 25 Prozent Verbilligung des Sonnenstroms

Die Abbildung zeigt das neuentwickelte pat. Solarsystem von Emil Bächli aus Endingen, welches ganz neue Möglichkeiten der Sonnenenergienutzung eröffnet. Die Fotovoltaikmodule sind nebeneinander an einem windsturmsicher verstreuten langen Rohr befestigt, das auf hohen Pfosten einachsiger drehbar abgestützt ist. Das neue System kann sehr preisgünstig hergestellt werden und kommt nicht teurer als die heute überall montierten starren Aufständerungen der Fotovoltaikmodule, aber mit dem grossen Vorteil von bis 25% mehr Stromgewinnung, sowie der grossen Bodenfreiheit durch die weit distanzierten hohen Abstützungen.

Auch für externe Anlagen geeignet

Die Erfindung gibt auch die exzellente Möglichkeit, die einzelnen 12 bis 15 m langen Solarelemente in beliebiger Anzahl bis zu vielen hundert Metern Länge zu einer Solarlinie aneinander zu koppeln, **welche prädestiniert ist für Solaranlagen am Rande von Autobahnen und Bahnlinien, welche bei Sonne auf 1 km Länge bis 500 KW elektrische Leistung ernten könnten.** Durch den Bau solcher Solarlinien, distanziert parallel nebeneinander, können kleine und grosse Solarkraftwerke realisiert werden, wie schon erwähnt mit weiterer Nutzung der Bodenfläche für die Landwirtschaft.



Mit solchen Errungenschaften realisieren wir den Atomausstieg. Dabei ist auch Pioniergeist gefragt.

Dies ermöglicht auch die Nutzung des Platzes unter der Solaranlage für Parkplätze oder landwirtschaftliche Nutzung usw., da die Solarmodule nur ca. 30% der Lichteinstrahlung wegnehmen.

Mehrertrag bei der Eigenversorgung

Erstmals durch die Erfindung werden Solaranlagen auf Flachdächern ohne jegliche Dachbelastung möglich, einzig auf deren Aussenwänden der Gebäude abgestützt und sturmsicher verankert. Preislich sind diese etwa gleich

hoch wie die dachbelastende, starre Aufständerung der Module, jedoch mit dem Mehrertrag von bis 25% höherem Wirkungsgrad ins Portemonnaie. **Durch Steilstellung der Fotovoltaikmodule auf die tiefstehende Sonne im Winter wird eine bedeutend grössere, immer schneefreie Modulfläche beschienen, sodass ein mehrfaches an wertvollem Winterstrom geerntet werden kann,** als mit der üblichen starren Aufständerung der öfters schneebedeckten Module.

Effektiv entsteht durch die Neuheit eine Verbilligung des Sonnenstroms von bis 25%.

Emil Bächli, Energietechnik AG, Endingen

Schengen/Dublin-Abkommen je nach Auslegung?

Bekanntlich hat die Schweiz dem Schengen/Dublin-Abkommen mit den EU-Ländern zugestimmt. Wenn ein Asylbewerber nachweislich aus einem dieser EU-Länder in die Schweiz kommt, dann kann er in das betreffende Land zurückgewiesen werden. Dass dies nicht immer der Fall ist, publizierte das St. Galler-Tagblatt am 23. November 2012. Ein Asylbewerber, auf dessen Gesuch nicht eingetreten wurde, hätte nach Griechenland zurückgeschafft werden sollen.

Die Ausschaffung klappte jedoch nicht, weil Griechenland sich weigerte, den Mann zurückzunehmen. Damit verstösst Griechenland als EU-Mitgliedsland ganz klar gegen das Schengen/Dublin-Abkommen. Der betreffende Asylbewerber wurde demzufolge wieder in seine Unterkunft nach Uttwil (TG) zurückgebracht.

«Stellungnahme» vom Bundesamt für Migration

Beim Bundesamt für Migration (BFM) will man einzelne Fälle nicht kommentieren. Interims-Mediensprecher Jürg Walpen sagte, das BFM habe keine Statistik über die Zahl der Dublin-Fälle, bei denen die Ausschaffung nicht klappte. **Gemäss Walpen verzichtet**

das BFM seit Januar 2011 auf Rückschaffungen nach Griechenland unter dem Dublin-Verfahren. Das Bundesverwaltungsgericht habe den Entscheid bestätigt, weil Griechenland seine Verpflichtungen verletze.

Seltene Begründung

Ein Vertrag muss doch gegenseitig eingehalten werden. Es interessiert doch nicht, welche internen Verhältnisse ein EU-Land hat. Auch die wirtschaftliche Situation eines EU-Landes darf keine Rolle spielen. Wenn es so weiter geht, dann kön-

nen bald auch Ausschaffungen nach Italien, Spanien und Portugal nicht mehr vollzogen werden. Das Bundesamt führt doch über alles Erdenkliche eine Statistik und ausgerechnet bei den gescheiterten Ausschaffungen hat sie keine Zahlen.

Vertrag kündigen

Wenn die EU-Zentrale in Brüssel und ihre Mitgliedstaaten sich nicht an abgeschlossene Verträge halten, dann muss man solche kündigen. Die Schweizer Regierung muss in dem erwähnten und nun bekannten Fall darauf behar-

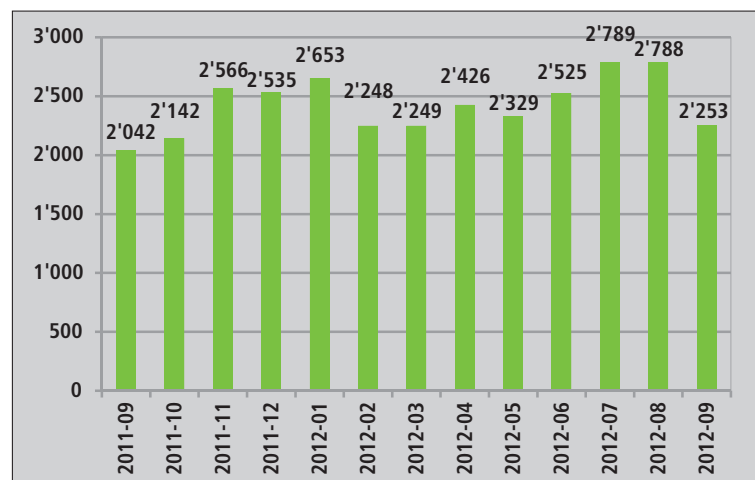
ren, dass das EU-Mitgliedsland Griechenland seinen vertraglichen Verpflichtungen nachkommt und den abgewiesenen Asylbewerber aufnimmt.

Kurt Koller, Lichtensteig

Friedensnobelpreis an EU

Der tschechische Staatspräsident hat es auf den Punkt gebracht, es ist «ein Scherz». Dass Europa während sechzig Jahren keinen Krieg erfuhr (Balkan?), ist weniger der EU zu verdanken als dem Umstand, dass der kalte Krieg mit Atomsprenköpfen hüben wie drüben dem Eisernen Vorhang ein «Gleichgewicht des Schreckens» fabrizierte. Europa als Spielball der Grossmächte USA und Sowjetunion. Beide Seiten wussten genau, dass ein Erstschatz Selbstmord wäre, obschon beide noch so gerne die Weltvorherrschaft gehabt hätten. Was sich heute in Europa abspielt, gleicht doch sehr einem Wirtschaftskrieg. Rechtfertigt dies einen Friedensnobelpreis?

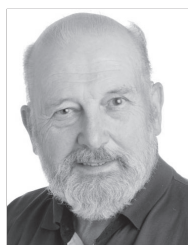
Walter Brunner, Präsident SD Berner Oberland, Unterseen



Asylgesuche nach Monaten (September 2011 bis September 2012).

Die neue Weltordnung

oder «Die tieferen Ursachen der aktuellen Krisen!» – Teil 1



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Um aufzuzeigen, wohin die Reise geht, hier einige Blicke auf zurückliegende Wegweiser und Zitate: Der US-Präsident Frank Deleano Roosevelt erklärte einmal: **«In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auf diese Weise geplant war.»** Der englische Premierminister Benjamin Disraeli betonte bei passender Gelegenheit: **«Die Welt wird von ganz anderen Persönlichkeiten regiert, als diejenigen glauben, die nicht hinter die Kulissen blicken.»** Der deutsche Spitzenpolitiker Horst Seelhofer äusserte sich kürzlich ziemlich resigniert: **«Jene, die gewählt sind, haben nichts zu sagen – und jene, die das Sagen haben, sind nicht gewählt.»** David Rockefeller – passend zur heutigen weltpolitischen Situation – sagte in diesen bereits von der Krise gezeichneten Jahren: **«Alles was wir benötigen, ist eine richtig grosse Krise und die Nationen werden die «neue Weltordnung» akzeptieren. Die übernationale Souveränität einer geistigen Elite der Weltbankiers ist mit Sicherheit der nationalen Selbstbestimmung, wie sie in den vergangenen Jahrhunderten praktiziert worden ist, überlegen.»** Archimedes illustrierte sein Hebelgesetz mit der Aussage: **«Gib mir einen Punkt, wo ich sicher stehen kann, einen Hebel der lang genug ist, und ich hebe dir die Erde aus ihren Angeln.»** Und US-Präsident James Garfield lieferte schon 1881 den entsprechenden Schlüssel mit dem Hinweis: **«Wer immer die Geldmenge kontrolliert, ist in jedem Land der absolute Herr über die gesamte Industrie und den Handel [und die Politik].»**

Was charakterisiert sodann die «neue Weltordnung»?

Es handelt sich dabei um eine Zielvorgabe von angeblich eingeweihten Auserwählten, welche seit Langem die Vereinheitlichung der

Welt in einem Block anstreben. Diese faktisch allem übergeordnete einzige Macht wird wesentlich von der «geistigen Elite» und den Geldkontrolleuren, das heisst den «Bankern» gestellt und kontrolliert.

Somit scheint es nicht verwunderlich, dass diese realen Machthaber die grossen Profiteure sind – was immer auch passiert, und dies stets zulasten aller anderen Gesellschaftsglieder.

Welches sind die Machtmittel und Einflussbereiche dieser realen Machthaber?

Das Recht auf Geldschöpfung liegt massgebend in den Händen der Privatbanken. Dazu gehören in den meisten Fällen auch die angeblich «unabhängigen», tatsächlich aber einfach von keiner demokratisch legitimierten Instanz kontrollierten, Zentralbanken.

Die Zentralbanken haben sich im Verlaufe der Zeit insbesondere auch das Recht angeeignet, unbeschränkt Casino-Chips zu produzieren, welche keinerlei Realwertdeckung aufweisen.

Damit ist es ihnen grundsätzlich unbenommen, die Realwirtschaft zu versklaven, das heisst nach den Visionen und Bedürfnissen der herrschenden realen Machthaber umzubauen und auszunehmen. Der auf dem Realwert gestützte produktive Kapitalismus bewirkte die Wohlfahrt von Venedig, Holland, Britannien usw. Aber schon damals war es der Finanzsektor, welcher die produktiven Kräfte überforderte, kannibalisierte und schliesslich die ganze Gemeinschaft ruinierte.

Die Situation in der Schweiz

In der Schweiz waren in den achtziger Jahren ähnliche Vorgänge zu beklagen. Die schon damals den fremden Göttern nacheifernden, fremdberatenen und fremdgesteuerten Grossbanken verrieten ihr Erbe, ihre Traditionen und ihre Zukunft. Sie liessen sich von amerikanischen Beratungsfirmen Schlagworte wie *performance*, *shareholder value*, *lagerfreie just-*



Die US-Banken regieren den Erdball. Ihnen ist jedes Mittel recht.

in-time-Produktion, Eigenkapitalrendite und Quartalsdenken einpauken.

Gemessen an den modischen fremden Massstäben verloren damals erfolgreiche, solide und mit bedeutenden Zukunftsaussichten und stillen Reserven gut gerüstete mittelständische Firmen plötzlich reihenweise ihre Kreditwürdigkeit.

Das bewährte Vorsorgesystem der stillen Reserven wurde aufgehoben. **Schlankheit – Twiggy – wurde mit Effizienz, Gesundheit und Zukunftsfähigkeit gleichgesetzt.** Und je grösser die Firma desto sicherer wurde sie eingestuft – selbst vom bezüglich Pensionskassen (Bundesvorsorgesgesetz) irreführenden hiesigen Gesetzgeber. **Wie sich bald herausstellen sollte – aber vielerorts immer noch nicht erkannt wird – handelte es sich bei den allermeisten dieser angeblich «vom Markt gebotenen Anpassungen» um wahre Reibach-Generatoren und Zerstörungsmechanismen.** Unter dem Vorwand der Effizienzsteigerung hat man selbst bei kerngesunden Wirtschaftseinheiten überlebenswichtiges Fett abgesaugt: Modische merger & acquisition-Spezialisten sowie mit Ramschpapieren operierende «Heuschrecken» (leveraged buy-out, Derivate und Hedge Fund Gier-Prediger) räumten ab und zwar jeweils zugunsten der neuen Heilsbringer – und der ihnen Vorschub leistenden amerikanisierten Banken und ihren kurzfristigen

Zuträgern. Mit dem vorläufigen Ergebnis, dass ein tiefgängiger Insider und Beobachter in der «NZZ» allen Ernstes das Rettungsmodell zum UBS-Desaster postulierte: «UBS soll Baker & McKenzie striktes Hausverbot für mindestens zehn Jahre erteilen.»

Die Liste der andauernd verheerenden weil fundamental getürkten Finanzmarktmechanismen umfasst auch bekanntere Erscheinungen. Die Drahtzieher sehen sich bereits in der Lage:

- den bankrotten Staaten Milliarden wertlose Papierschnitzel oder per «Mausklicks» ausgelöste Casino-Chips in beliebiger Menge zu leihen, dafür aber Realwert-Zinsen zu kassieren und so die reale Wirtschaft auszunutzen;
- zu entscheiden, wer wo regieren darf (Griechenland, Spanien, Italien, IWF, EZB, USA usw.) respektive die Illusion der Demokratie verkörpern soll;
- zu entscheiden, welche Banken und Staaten zu «retten» sind und welche bankrott zu gehen haben;
- zu entscheiden, über welche Verträge respektive wie oft abgestimmt werden darf (muss), bis ihnen das Resultat passt;
- zu entscheiden über Krieg und Frieden.

Wer faselt da noch von Demokratie, Souveränität der Völker und Rechtsstaat?

Das Schreckensbild der «neuen Weltordnung» ist die totale Abhängigkeit von einer obskuren Macht-

Globale Elite nutzt Wirtschaftskrise zur Versklavung der Mitwelt

habergruppe, das lähmende Gefühl des Ausgeliefertseins und der Fatalität der dahingehenden Entwicklung. Das würde das Gegenteil der vielgelobten Freiheit bedeuten. Die Folge wäre wohl die konsequente Ausbeutung der Menschen und die Anwendung totalitärer Methoden zur Sicherung der über Generationen hinweg erschlichenen Macht. **Die Möglichkeit der totalen Kontrolle über die Abschaffung des Bargeldes und die zwangsweise Implantierung eines Computer-Chips bei jedem Menschen zeichnet sich ab.**

Über die ultimative Forderung des IWF und der EZB nach Privatisierung der gemeinschaftlichen Güter der hilfeschendenden, verschuldeten Völker wird erreicht, dass die Volksgemeinschaften endgültig verarmen.

Die Globalisierung kann man mit viel gutem Willen noch als Ausfluss der modernen Technologien (Übermittlung, Transportwesen, Computerwelt) interpretieren. Sie führt aber zweifellos zur Abwertung respektive Abschleifung der nationalen Charakteristika und damit des nationalen Selbstverständnisses. Dass es für «Gott» in einem solchen System keinen Platz mehr hat, liegt auf der Hand. An seine Stelle treten das Kapital und die herrschende Elite. Alles würde gleichgeschaltet und nur noch die Werte des Jetzt und des Vergnügens dürften ihren Platz behalten. Bei allem Verständnis für die Sorgen wegen einer sich unaufhaltsam weiter vermehrenden Weltbevölkerung **macht die Vorstellung Angst, dass diese Vertreter der «neuen Weltordnung» von einer Vernichtung der aktuellen Bevölkerung um bis zu 80 Prozent sprechen, und zwar durch Seuchen und Kriege.** Welch ungeheurer Schmerz, wie viel menschliches Elend wird da mit einem Ach-



Sein oder nicht sein, das ist hier die Frage! Die acht grössten Industrienationen an einem Tisch, unter Ausschluss des «Rests».

selzucken als möglich, ja als tunlich beurteilt.

Was uns fehlt, ist ein «Charles de Gaulle»!

Es ist nicht zu übersehen, dass der Einsatz der USA vor und im Zweiten Weltkrieg von der «one-world»-Ideologie bestimmt war. Die USA verfolgten schon damals das Ziel der Zentralisierung Europas mit der Schaffung eines Völkerbreis, der leichter zu lenken wäre als die nationalstaatlichen Organisationen. Europa sollte wirtschaftlich und militärisch zu einer Stütze des transatlantischen Bündnisses – ausgerichtet gegen Osten – also gegen Russland, China und Indien werden.

Afrika, die südostasiatischen Staaten, Südamerika, Australien und überhaupt alle ressourcenreichen Gebiete dieser Erde betrachtet die Weltelite als Manövriermasse, die das 21. Jahrhundert, das «amerikanische Jahrhundert», zu sichern hat.

Es war der Greise de Gaulle, der 1969 den «one-world»-Propheten (der USA) ein entschiedenes Nein entgegenhielt. Er verteidigte im Sinne des grossen spanischen Liberalen Salvador de Madariaga das Europa der Vaterländer und erreichte für Jahrzehnte eine Bremsung der selbstmörderischen Entwicklungen zum europäischen Einheitsstaat – zu einem Vasallen der USA. Leider fehlten in Europa in den folgenden Jahrzehnten Führerpersönlichkeiten von der Grösse eines de Gaulles. So konnte die NATO zum Angriffsbündnis werden und die Frontorganisation PFP (partnership for peace) erfolgreich (unter Einbezug der Schweiz) in die «one-world»-Front einbinden.

Mitt Romney ist ehrlich!

Wenn Romney im Rahmen des Wahlkampfes offen für noch mehr kriegerischen Einsatz der USA (er werde vor einem offenen Krieg mit China und Russland nicht zurückschrecken!), für Erhöhung des Militärbudgets mit dem klaren Ziel der **Unterjochung aller den USA nicht willig folgenden Völkern mit ihren**

Ressourcen votiert, ist die Aktionslinie der «one-world»-Strategen wahrhaftig klar definiert. Und bezahlen sollen diese Wild-West-Politik die unterjochten Völker; es ist nicht zu vergessen, dass die USA selbst völlig pleite sind. Das noch immer unter einem Besetzungsstatut stöhnende Deutschland kann davon ein Lied singen. Wird doch dieses Land durch die Systembanken unter dem Schutz der USA bis zur letzten Konsequenz ausgesaugt. Militärisch ist die USA eben stark genug, um Widerspenstige in die Knie zu zwingen. Trotzdem – ob seine Rechnung aufgehen wird, das 21. Jahrhundert tatsächlich zum amerikanischen Jahrhundert wird, ist in den Sternen geschrieben.

In der Vergangenheit haben sich Grossreiche stets ob ihrer Gier nach Macht selbst zu Grunde gerichtet. Ob sich die USA dieser historischen Wahrheit entziehen kann, bleibt abzuwarten.

Fortsetzung folgt in nächster Ausgabe.

Schläft man beim Sozialamt Zürich?

AargauerZeitung 2. November 2012: Auf der Seite a bis z war ein kurzer Artikel zu lesen mit dem Titel «Millionen verdient – Sozialhilfe kassiert». Kurz der Inhalt:

Ein jenes Ehepaar hat in Zürich innert 10 Jahren 2,6 Millionen Franken verdient (d.h. im Schnitt 260'000 Franken pro Jahr) und hat gleichzeitig sage und schreibe 400'000 Franken Sozialhilfe kassiert. Ausserdem besass das Ehepaar sechs (!) Luxusautos und ein eigenes Haus. Da



Bereicherung auf Kosten der Bedürftigen und der Steuerzahler.

muss man sich wirklich die Frage betreffend der Qualität des Sozial-

amtes Zürich stellen. Wie ist es möglich, dass Leute mit einem solch enormen Einkommen und Vermögen über 10 Jahre hinweg Hunderttausende von Franken erhalten (bzw. erschwindeln) können und beim Sozialamt merkt es keiner! Da müsste man bei diesem Sozialamt mal so richtig ausmisten und die Verantwortlichen fristlos entlassen (beim «Normalbürger» würde das mit Sicherheit geschehen). Aber der Gipfel des Skandals folgt noch.

Laut «az» wurde das Ehepaar vom Bezirksgericht Zürich wegen gewerbsmässigen Betrugs zu lächerlichen bedingten Haftstrafen von je zwei Jahren verurteilt.

Oder müsste man hier nicht eher von belohnt schreiben?

Dragan Najman, e. Grossrat, Baden

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese
Kleininserate erscheinen max. 2-
mal im «Schweizer Demokrat»
und sind für die SD-Familie **gratis**.
Normalerweise wird im Kleininserat
für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrag-
gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-
gen. Wir leiten dann die eingegan-
genen Briefe an Sie weiter. Bitte
Ihre Postanschrift nicht vergessen.
Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 8116, 3001 Bern

Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf

www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

Dienstleistungen

**Wir suchen für unsere solventen
Kunden:**

- Einfamilienhäuser
- Eigentumswohnungen
- Bauland

Telefon 079 454 60 60

E-Mail: gautschi@swissonline.ch

Gesucht

Kaufe von privat **altes Spielzeug**
vor 1970: Eisenbahnen, Blechaut-
os, Flieger, Schiffe, Elastolinsoldat-
en, Dinky Toys, Teddybären usw.

Auch alte Ansichtskarten vor 1950,
alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw.,
Region Zürich.

Telefon 079 643 55 64

Gesucht – günstig oder gratis:
Fotos, Postkarten, Prospekte, mit
Abbildungen von Menschen, Objek-
ten, Gebäuden, Landschaften usw.
für den Abdruck im «Schweizer De-
mokrat» (Bebilderung von Arti-
keln).

Kontaktadresse: **SD-Sekretariat in
Bern. Telefon 031 974 20 10, Fax
031 974 20 11**

schweizer-demokraten@bluewin.ch

Zu vermieten

**Seriöse und preiswerte Mietwagen
Kleinwagen, Limousine, Kombi,
Van, Roller**, ab Fr. 300.– im Monat.
Die Fahrzeuge können auch pro Tag,
Woche oder Monat gemietet werden;
für die ganze Schweiz.
Region Biel.

Telefon 076 369 28 28

Zu verkaufen

**Bio-Knospen Olivenöl und Schwei-
zer Essig** von Waldkirch SG, Region
Ostschweiz,

Telefon 071 244 72 76 oder
thomas-fischer@bluewin.ch

6 Paar Arbeitshosen von «Lutteurs»,
mit leichter weisslicher Maserung
(je 3 blaue und 3 grüne), unge-
braucht, Grösse 44, Fr. 74.– je
Stück. Stadt Bern.

Telefon 031 971 09 38

E-Mail: enricobarisi@bluewin.ch

Chevrolet Camaro Targa, Automat,
Ledererausstattung, Klimaanlage,
Aluräder, Top Zustand, neu ab MFK.
Fr. 10'800.–. Tausch, Teilzahlung
ohne Anzahlung möglich, weitere
Fahrzeuge. Stadt Bern.

Telefon 079 304 74 51

Quarzuhren, Omega mit Datuman-
zeige (mit Originallederarmband),
70er-Jahre. Fr. 200.–. Zudem Rado-
Imitation, Fr. 30.–. **Neue Fitness-
und Muskel-Stimulationsgürtel** mit
6 Programmen. Neupreis Fr. 98.–
(mehrere verfügbar). Verkauf jetzt
für Fr. 30.–. Bei Abnahme von zwei
Stück Fr. 50.–. Region Biel.

Telefon 032 331 91 35

Stellensuche

Ich will arbeiten! Welcher Schweizer
Unternehmer ist noch interessiert
an einer qualifizierten, tüchtigen
Fachkraft? Ich bringe 10 Jahre **Er-
fahrung als Teamleiterin Back-of-
fice und stv. des GF** mit. Ich habe
eine schnelle Auffassungsgabe, bin
vielseitig interessiert und möchte da
arbeiten, wo CH-Fachkräfte noch
gefragt sind. Gerne wieder im Büro-
bereich (Assistenz / Sachbearbei-
tung / Teamleitung). Bin auch offen

für neue Aufgaben. Bevorzugt in fol-
genden Kantonen: AG/BL/BE/
SO/ZH. Bin mobil.

Telefon 079 640 44 88

E-Mail: puma20@gmx.ch

Suche **Festanstellung** (Bern und
Umgebung) im kaufm. Bereich, als
Landschaftsgärtner oder in jedem
anderen Berufszweig.

Telefon 031 971 09 38

E-Mail: patrickbarisi@bluewin.ch

Bekanntschaffen

Berner, 185/85, 50plus, sucht poli-
tisch interessierte Schweizerin, 30
bis 60 J., mit Freude am Reisen,
Camping, Garten, Schwimmen, Fe-
rien. Bär freut sich auf Deinen An-
ruf. Danke zum Voraus.

Telefon 031 333 68 68.

Ein guter Rat

Schlüsselbund schon mal verloren?
Befestigen Sie an Ihrem Schlüssel-
bund eine billige Plastiketikette und
vermerken Sie darauf ihre **Handy-
Nummer** (niemals Ihre Festnetz-
Nr.!) und erwähnen Sie: Finderlohn
von Franken? zugesichert!

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



Bezirk Baden und Umgebung:
Stamm im Hotel «Winkel-
ried», Landstr. 36, Wettingen.
Jeden 1. Dienstag im Monat ab
20 Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses
Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donner-
stag im Monat ab 19.30 Uhr.



SD Stadt Bern:
Jahresschlussessen am
Dienstag, 18. Dezember 2012,
19 Uhr, im Restaurant
«Jäger», Murtenstrasse 221,
Bern-Bethlehem.

Höck: Vorstandssitzung, Gäste sind
stets eingeladen!) im Restaurant «Jä-
ger», Murtenstr. 221, Bern-Bethle-
hem. Postauto Nr. 101, Haltestelle
Untermattweg (von dort ca. 1 Min.
zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung
Brünen-Westside, Haltestelle Säge
(von dort etwa 5 Minuten zu Fuss).
Jeden letzten Dienstag im Monat ab
20 Uhr. **(ab Januar 2013)**

Berner Oberland: Höck im Hotel
«Milan» in Ringgenberg. Jeden
1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.
(ab Januar 2013)



Winterthur und Umgebung:
Höck im Restaurant «Blume»,
Wülflingerstrasse 236. Jeden
1. Freitag im Monat ab 20 Uhr
(bei einem Feiertag eine
Woche später). **(ab Januar 2013)**



Kantonalsektion St. Gallen:
Stamm am 31. Januar 2013,
ab 19.30 Uhr im Restaurant
«Dufour» am östlichen Ende
des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere
Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.



Luzern-Innerschweiz:
Höck im Bistro «Spatz»,
Obergrundstrasse 103, Lu-
zern. Jeweils am letzten Mitt-
woch im Monat ab 20 Uhr
(ausser im August und Dezember).
(ab Januar 2013) Es ist immer je-
mand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern
Bahnhof bis Haltestelle Eichhof.

Adressänderungen
melden an SD, Postfach 8116,
3001 Bern, E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch

**145'000
Neueinwanderer =
mehr Spitäler,
mehr Schulen,
mehr verstopfte
Strassen,
Stehen im Bus und
Tram, Zubetonierung
unserer Heimat:
Übevölkerung total –
wir Schweizer
Demokraten kämpfen
dagegen!**

**Kanton Aargau****Postulat von Grossrat René Kunz****Steuerabzug für Selbstschutzmassnahmen durch Privatpersonen****Text:**

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, ob die investierten Kosten (oder wenigstens ein Teil derselben) für Selbstschutzmassnahmen durch Privatpersonen bei den Steuern in Abzug gebracht werden können.

Begründung:

Einbrüche und andere strafbare Delikte gehören heute praktisch zur Tagesordnung. Die Sicherheitsbehörden empfehlen der Bevölkerung sich fortwährend vor Einbrüchen u.ä. durch gezielte Sicherheitsmassnahmen selbst zu schützen.



Diebstähle und Einbrüche haben massiv zugenommen. Wer trägt die Kosten für Sicherheitsmassnahmen?

Solche privaten Selbstschutzmassnahmen (Fenster- und Türsicherungen, Bewegungsmelder, Wachhunde, Teilnahme an Selbstverteidigungskursen usw.) kosten einiges an Geld.

schützen und den Selbstschutz auf die Privatpersonen abwälzen, ist es nicht mehr als angebracht, dass die privaten Selbstschutzkosten steuerlich in Abzug gebracht werden können. Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Kantons haben ein Recht darauf, dass sie selbst sowie ihre Familienangehörigen und das Eigentum geschützt bleiben.

Wenn die Sicherheitsorgane nicht in der Lage sind, das Eigentum der Bevölkerung vor massiv zunehmenden kriminellen Untaten zu

Erneuter Erfolg für Grossrat René Kunz

Am 20. November 2012 wurde das Postulat von SD-Grossrat René Kunz, Reinach, betreffend Spezialzentrum für kriminelle, renitente und abgewiesene Asylanten mit einem Stimmenverhältnis von 101 Ja gegen 30 Nein an den Regierungsrat überwiesen. In einer emotionalen Diskussion haben linke

Kreise (SP und Grüne) dem Postulanten reinen Populismus vorgeworfen. In seinem Votum hat Kunz unter anderem darauf hingewiesen, dass **kriminelle und renitente Asylanten in Freiheit nichts, aber auch gar nichts zu suchen haben. Die Bevölkerung hat Anrecht auf eine umfassende Sicherheit.**

Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.-. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben. Zwischen März und Juni folgt dann die Verrechnung des Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.-). Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben. Beide Rechnungen werden einmal pro Jahr zugestellt.

SD-Redaktion

**Kanton Bern****Kleine Anfrage: Der Stadtpräsident und die Finanzdirektorin auf Geheimbesuch in Istanbul****Gilt das Öffentlichkeitsprinzip nicht mehr?**

Bekanntlich gilt in der Stadt Bern das Öffentlichkeitsprinzip. Demnach sind die Handlungen von Gemeinderäten und Behörden in ihrer öffentlichen Funktion grundsätzlich öffentlich, sofern nicht übergeordnete schützenswerte Geheimhaltungsinteressen dagegen sprechen. **Man könnte meinen, ein offizieller politischer Besuch einer andern Stadt falle sicherlich unter dieses Öffentlichkeitsprinzip. Es erstaunt deshalb die Geheimnistuerei um den Istanbul-Besuch von Alexander Tschäppät und Barbara Hayoz.**

Ich frage den Gemeinderat an:

- 1) Weshalb wurde der Besuch nicht – z.B. mittels Pressemitteilung – bekannt gegeben?
- 2) Ist die Vermeidung von öffentlichem Geplapper und Gerüch-

ten ein hinreichender Grund, vom Öffentlichkeitsprinzip abzuweichen?

- 3) Weshalb war nicht einmal der Chef des städtischen Informationsdienstes über den Besuch informiert?
- 4) Waren die übrigen drei Gemeinderätinnen und Gemeinderäte über den Besuch informiert?
- 5) Ist der Gemeinderat bereit, entweder in der Antwort auf diese kleine Anfrage oder mittels Pressemitteilung (wie es im Übrigen nach früheren Städtebesuchen üblich war) kurz über die politischen Ergebnisse des Besuchs zu informieren?

*Robert Meyer, e. Stadtrat,
Präsident SD Stadt Bern*

Schreiben an Gemeindebehörde**Hinweis: Asylanten die auf den Boden spucken**

Auch die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung, nicht nur der Asylbewerber, sollen ernst genommen werden.

Uns allen ist bewusst, dass wir in einer schwierigen Zeit leben und mit den verschiedensten Mitmenschen aus fernen Ländern mit anderem kulturellen Hintergrund hier unsere Heimat teilen müssen. Es gibt Tätigkeiten, die wir von Ausländern erdulden und hie und da einmal ein Auge zudrücken. Es gibt aber Grenzen.

Wenn schwarzafrikanische Asylanten und Immigranten auf den Schweizer Boden spucken, so können wir das keinesfalls akzeptieren.

Nicht zum Spass. Nicht einfach so. Einfach gar nicht. Aber genau dies habe ich heute Abend wieder einmal erlebt. Es ging mir entscheiden zu weit, dass ich bei der **Ermahnung an den dunklen Mitbewohner noch ein Argument anbringen musste und quasi Rücksicht nehmen sollte, weil er ja gerade jetzt betrunken sei.**

Ich fordere Sie auf, diese Mitteilung den Asylzentren mitzuteilen und den Neuankömmlingen ein Minimum an Anstand zu vermitteln.

Bürger einer Schweizer Gemeinde

Das Asylchaos hält an! Einzig zentrale Vollzugseinrichtungen bringen mehr Effizienz!



Kanton Zürich



Votum von Gemeinderat Christoph Spiess, Postulat Ch. Spiess, Verzicht auf die Errichtung unnötiger Inseln und Trottoirnasen auf wichtigen Verkehrsachsen

(*Sinngemässe Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums*)

Vor bald 30 Jahren wurde der damalige Tiefbauvorsteher, Stadtrat Aeschbacher, als «Schwellen-Ruedi» heftig angegriffen, weil er sich um eine Verkehrsberuhigung in den Wohnquartieren bemühte. Wir Schweizer Demokraten standen hinter diesen Bestrebungen und tun dies auch heute. Insbesondere sind Massnahmen, welche der Verkehrssicherheit dienen, für uns in Ordnung. **Doch leider ist inzwischen die Stadtverwaltung unter anderer Leitung dazu übergegangen, auch den Verkehr auf den Hauptachsen systematisch zu behindern.** In der Begründung unseres Postulats haben wir Beispiele genannt. Es gibt noch weitere, z.B.

eine Velorampe von kaum 20 Metern Länge an der Birmensdorferstrasse stadteinwärts, kurz vor der Schmiede Wiedikon. So etwas trägt nichts zur Sicherheit von Velofahrern bei, sondern irritiert bloss alle Verkehrsteilnehmer und ist darum für alle gefährlich.

Einen anderen Sinn als eine Schikane für die Autofahrerinnen und Autofahrer kann man hier bei bestem Willen nicht mehr ausmachen. Man geht inzwischen soweit, auch den öffentlichen Verkehr zu behindern.

Ein Beispiel ist die viel zu grosse «Schutzinsel» an der Kreuzung Birmensdorferstrasse / Weststrasse. An der Schwandenholzstrasse in Affoltern gibt es auf einer



Verkehrsschikanen sind gefährlich und fördern den CO₂-Ausstoss.

schmalen Strasse mit Tempo 30 zusätzlich auch noch versetzte Parkplätze und andere künstliche Hindernisse, welche die VBZ-Chauffeure der Linie 37 zu abenteuerlichen Slalomfahrten zwingen. Das Kreuzen ist bisweilen fast unmöglich. Es freut uns, dass der Stadtrat die Notwendigkeit einsehen, mit solchen Hindernisbauten langsam aufzuhören. **Unver-**

ständig ist für uns, dass jetzt die Grünen so weitermachen wollen, denn der Umwelt wird damit nicht geholfen. Wir danken Ihnen für die Unterstützung unseres Postulats. *Das Postulat wurde nach einer Textänderung (Vorbehalt, dass die Sicherheit insbesondere für den Langsamverkehr nicht beeinträchtigt werden darf) mit 85 gegen 29 Stimmen angenommen.*

Votum von Christoph Spiess zur Motion Michael Baumer (FDP) betreffend Aufzonen zwecks Schaffung von 20'000 zusätzlichen Wohnungen

(*Sinngemässe Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums*)

Die andauernde Zunahme der Bevölkerung ist kein Naturereignis. Würden wir nicht immer mehr Wohnraum bereitstellen, so könnten die vielen Zuwanderer nicht kommen. Das sogenannte «verdichtete Bauen» ist eine Scheinlösung. **Damit kann vielleicht der Zersiedelungsdruck etwas gemildert werden.**

Die Naherholungsgebiete werden aber zusätzlich belastet, und für die Menschen in der Stadt wird

das Gefühl von Enge, der permanente Dichtestress, immer stärker.

Menschen sind nun mal keine Stapelware. Es ist argumentiert worden, dass Holland mit einer vergleichbaren Fläche viel mehr Einwohner als die Schweiz habe. Das mag zutreffen, doch wird dabei vergessen, **dass sich von unserer Landesfläche nur etwa 15'000 Quadratkilometer als gutes Siedlungsgebiet eignen.** Dieselben Gebiete werden aber auch für die Nahrungsmittelproduktion dringend benötigt. Der Rest des Landes besteht zu einem sehr grossen Teil

aus Gebirgen, Seen und Wäldern. Wozu ist es eigentlich nötig, die Bevölkerungszahl und die Wirtschaftstätigkeit immer noch mehr aufzublähen? Das bringt vielleicht Migros und Coop mehr Umsatz, aber diese Firmen sind ohnehin schon viel zu gross.

Finanziell ist das Bevölkerungswachstum bestenfalls ein Nullsummenspiel. Natürlich gibt es zusätzliche Steuereinnahmen, aber es braucht auch sehr viel Geld für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur.

Wir diskutieren nicht von ungefähr immer wieder über Neubauten von Schulhäusern und dergleichen! Die Motion der FDP zielt in eine völlig verkehrte Richtung und ist abzulehnen.

Die anderen Parteien waren alle tatsächlich der Meinung, dass massenhaft neue Wohnungen und Gewerbeflächen erstellt werden müssen. Zum guten Glück waren sie sich aber über die Art und Weise, wie dies geschehen soll, völlig uneinig. So wurde dieser sehr problematische Vorstoss letztendlich mit 27 gegen 91 Stimmen «versenkt».



Kanton Baselland



Medienmitteilung der SD Allschwil

Aussenstation Bässlergut in Allschwil

Klammheimlich hat der Gemeinderat Allschwil ohne Einbezug der Politik und Bevölkerung die Beherbergung von Asylanten geändert. Dies mussten wir den Medien entnehmen und sind empört über dieses Vorgehen. Für Projekte wie ein neues Schulhaus und die Wegmattennutzung wurden Workshops durchgeführt und die Politik und Bevölkerung wurde miteinbezogen. Wir gehen davon aus, dass der

Gemeinderat nun in dieser Angelegenheit absichtlich die Politik und Bevölkerung aussen vor gelassen hat. Wir sind uns auch bewusst, dass der Gemeinderat eigene Kompetenzen hat, doch sollte er damit Bedacht umgehen, besonders bei solch heiklen Themen. **Die Gespräche mit dem Bund und den Kantonen Baselstadt und Baselland sind beendet und wir werden vor Tatsachen gestellt, gegen wel-**

che anzukämpfen quasi aussichtslos ist. Es wird versucht zu beruhigen, dass nicht mehr und nur ausgesuchte Personen nach Allschwil kommen werden. Woher nimmt der Gemeinderat diese Gewissheit?

Wieso wird ein 24-Stunden-Sicherheitsdienst gestellt, wenn doch kein zusätzliches Risiko besteht? Bis Oktober müssen nun die jetzigen Bewohner der Asylun-

terkunft «Atlas» umverteilt werden. Dadurch werden die Bewohner auseinander gerissen und die geförderte Gruppendynamik gestört.

Die Schweizer Demokraten Allschwil erwarten vom Einwohnerpräsidenten Rolf Adam, dass er **innert nützlicher Frist eine ausserordentliche Einwohnerratssitzung zum Thema «Aussenstation Bässlergut» einberuft.**

Josua Studer, e. Einwohnerrat, Präsident SD Kanton Baselland, Allschwil

Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie, fortzeugend, immer Böses muss gebären*

Auch Zwecklügen sind Lügen...

und untergraben das Vertrauen in jene, deren Lügen später zum Manifest werden. Unsere politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte (Bundesrat, Parlamentarier, Parteiführer u.a.) müssten sich eigentlich grosse Sorgen machen, weil die **Stimmteiligung selbst bei offensichtlich wichtigen Wahlen und Sachabstimmungen häufig unter 50 Prozent liegt. Aber eben – wer schweigt, hat resigniert und ist leichter zu manipulieren.**

Und – belogene, irreführende Bürger sind Sargnägel der Demokratie! Hier sind einige Beispiele der brand-schwarzen Belügung unseres Volkes in den letzten Jahrzehnten:

1. Die Einwanderungsproblematik!

Als sich zu Beginn der 60er-Jahre des 20. Jahrhunderts viele Schweizer wegen des massiven Zuzuges ausländischer Arbeitskräfte und dem damit verbundenen Bauboom Sorgen zu machen begannen, zählte die Schweiz 4'844'322 Schweizer Bürger und 584'739 Ausländer (Volkszählung 1960).

Hoch und heilig versprach der Bundesrat, die Einwanderung begrenzen zu wollen und traf einige halbherzige Massnahmen, die aber die wachstumstrunkene Wirtschaft nicht bremsen durften. **Als 1970 die Schwarzenbach-Initiative der Nationalen Aktion zur Abstimmung kam, zählte man 5'189'707 Schweizer Bürger und 1'080'076 Ausländer (Volkszählung 1970).**

Unvergessen bleiben die wütenden und diskriminierenden Angriffe auf alle, welche während des Jahrzehnts 1970/1980 für eine Wachstumsbegrenzung oder gar für ein dynamisches Gleichgewicht der Bevölkerungszahl und den absoluten Schutz des Kulturlandes eintraten.

Immerhin half in diesem Jahrzehnt die Konjunkturberuhigung zu einer massvolleren Entwicklung. So stellen wir am Ende des Jahrzehnts 5'420'986 Schweizer Bürger und 944'974 Ausländer fest (Volkszählung 1980).

Dagegen ging mit dem Aufblühen der Wirtschaft seit 1990 und den Verträgen mit der EU (freie Einwanderung!) in unserem Land jedes vernünftige Mass verloren. **Trotz der jährlich steigenden Einbürgerungen stieg die Zahl der Ausländer von 1'245'432 im Jahre 1990 auf 1'837'112 im Jahre 2010.**

Unvollständige Zahlen

In diesen etwa 1,8 Millionen sind weder die Angehörigen des diplomatischen Korps noch die Kurzaufenthalter (Studenten) und die «sans papiers» enthalten. Die Zahl der Letzteren ist unbekannt; sie soll jedoch zwischen 100'000 und 200'000 liegen.

Damit ist klar, dass die Zahl der Ausländer in der Schweiz bei über 2 Millionen liegen dürfte. Dabei sind weder die Asylbewerber noch die Grenzgänger berücksichtigt, wobei die Letzteren für die Belastung unseres Lebensraumes (rund 400'000) eine bedeutende Rolle spielen.

Dank der bilateralen Verträge mit der EU und der zuwenig durchdachten Entwicklungshilfe – welche die Migration fördert, statt wie erhofft mindert – dürfte diese Entwicklung weitergehen. Es sei denn, die Schweiz rutscht zusammen mit der EU in eine tiefe Rezession ab. Eine mögliche Entwicklung, die wir uns keineswegs – auch nicht um den Preis einer Bevölkerungstabilisierung – wünschen.

Einwanderungskritiker in der Minderheit

Die Kneschaurek'sche Schreckensvision der 60er-Jahre eines Volkes mit 10 Mio. Einwohnern auf dem engen Raum der Schweiz rückt immer näher in den Realitätsbereich und zwar mit allen Folgen für die **Verbetonierung des Landes (Zivilisationswüste!), der auf allen Ebenen explodierenden Kosten für die Nachführung der Infrastrukturen und insbesondere die explodierenden Kosten im Gesundheitswesen und im Ausbildungsbereich.** Dabei stellten sich jeweils die hypnotisierenden Fragen: «Wer soll denn sonst unsere Kranken pflegen? Wer wird die benötigten Wohnhäuser bauen? Wer würde denn die Putzarbeiten erledigen?» Damit hat man beim Durchschnittsbürger das Denken ausgeschaltet. **Aber schon Mitte der sechziger Jahre stellte der unvergessene Bundesrat – damals als Nationalrat – Ritschard sel. fest.**

Wir verbauen mit ausländischem Kapital und mit ausländischen Arbeitskräften für Ausländer unseren Kulturboden!

Mit derartiger Augenwischerei vernichten wir unsere Zukunftschancen als selbstständige Nation und die Lebensqualität geht zusehends den Bach hinunter!

2. Der konfessionelle Frieden ist in Gefahr!

Dieser Frieden ist zweifellos ein hohes Gut und wurde über Jahrhunderte mühsam genug erarbeitet. Seit den Konfessionskriegen des 16. Jahrhunderts (Kappeler-, Schmalkalden- und Hugenottenkriegen); dem Dreissigjährigen Krieg und den Villmergen-Kriegen im 17. Jahrhundert bis zur französischen Revolution im 18. Jahrhundert zieht sich eine Bluts spur durch Europa. **Der Kulturkampf im 19. Jahrhundert mündete in unserem Land in einen «modus vivendi», den Bundesstaat von 1848. Dieser führte schliesslich im 20. Jahrhundert zu einem friedlichen Nebeneinander und Miteinander (Aufhebung des Jesuitenartikels und des Verbotes von Bistumsgründungen Anfang der 70er-Jahre).** Wenn auch der konfessionelle Frieden teilweise durch die Interessenslosigkeit eines wachsenden Anteils der «Gläubigen» an ihrer Religion bedingt sein mag, so ist es doch besser, als wenn sich Hitzköpfe gegenseitig die Köpfe wegen Fragen dogmatischer Fixierungen einschlagen.

Im Übrigen steht die Ökumene in unserem Lande tatsächlich für das ernste Bemühen, sich gegenseitig zu respektieren, aufeinander zuzugehen und Toleranz zu üben.

Islamisierung bereits im Gange

Dieser Frieden wird durch die Masseneinwanderung von zum Teil fundamentalistisch ausgerichteten Moslems ernsthaft gefährdet. Trotz zunehmender Spannungen (ultimative Forderung der höheren Einstufung der «Scharia gestützten Gesetze» über das Landesrecht, Ehrenmorde, Kindsentführungen, tödlich ausgehende Streits zwischen Einwanderern verschiedener Ethnien und moslemischer Konfessionen usw.) **beschönigen die «Gutmenschen» und viele Behördenmitglieder rechter und linker Provenienz die gefährlichen Folgen dieser Re-Islamisierung unseres christlich geprägten Staates.**

Zum Islam bekennen sich heute bereits rund 500'000 Personen und sie nehmen durch Einwanderung aus mohammedanisch geprägten Ländern und ihren Geburtenüberschuss laufend zu.

Das schwächliche Nachgeben unserer politischen Führungskräfte auf Forderungen islamischer Funda-



Die Aufführung von traditionellen Krippenspielen. Würde dies von einer islamisch dominierten Gesellschaft weiterhin toleriert?

entalisten gibt Anlass zu ernstesten Befürchtungen: Die Entfernung des Kreuzes aus Schulstuben; die Unterdrückung des Tagesgebets; das Verbot von Krippenspielen in den Schulen um die Weihnachtszeit; die Ablehnung des gemeinsamen Schwimmunterrichtes von Buben und Mädchen; usw. usw.)

3. Der diplomatische Landesverrat wird zur Regel!

Im dreizehnten Titel des Schweizerischen Strafgesetzbuches sind die «Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und die Landesverteidigung aufgelistet». Wenn man die Artikel 265 bis 269 liest, kann man über die Hemmungslosigkeit, mit welcher diese Artikel durch Bundesräte (Furgler, Ogi, Felber et al.), Diplomaten, Politiker und Beamten in den letzten Jahren und Jahrzehnten verletzt worden sind, nur noch den Kopf schütteln.

Wenn der «kleine Schweizer» 10 km/h zu schnell auf der Autobahn fährt oder auch nur einen Parkplatz ungerechterweise benutzt, wird er unerbittlich bestraft.

Wenn Bundesräte oder höchste Beamte unseres Landes **Milliarden des Volksvermögens letztlich sinnlos – respektive zur Alimentierung des Wachstumswahns verbuttern (siehe die immer mehr zum Widerstand herausfordernden Eigenmächtigkeiten unserer ehemaligen Bundespräsidentin), werden sie von den mainstream-Medien noch hochgejubelt.** Statt unser Volk auf die kommende Finanz- und Systemkrise vorzubereiten, wird nach wie vor so getan, als ob und zwar mit dem Ergebnis, dass unsere Mittel und Lebensgrundlagen unabsehbar weiter geschädigt werden und wir unserer Treuhandfunktion darüber nicht mehr gerecht werden können.

Hans Spitz, Köniz

*Aus Schiller, Die Piccolomini

Wichtiges Wissen zum Jahresende 2012

– Die Verschuldung der USA und der EU-Währungsunion erreicht immer neue Höhepunkte.

Bereits hat die USA über 16 Billionen Staatsschulden; mehrere Gliedstaaten und eine grössere Anzahl Städte sind de facto bankrott.

Die Zahl der effektiven Arbeitslosen und der Bezüger von Lebensmittelkarten steigt weiter. – Und die Besitzer des FED – als Herausgeber des Kreditgeldes freuen sich ob der dicken Verdienste (Zinsen!) und die Rüstungsindustrie, wie auch die vier legendären Schwestern (=Ölfirmen!), profitieren hemmungslos von den Kriegen der USA, den Kriegstreibereien im Nahen Osten, und begrüssen die schamlosen, aggressiven Ausbeutermethoden der Steuerbehörden, die sich nicht zuletzt gegen die Schweiz, aber auch gegen alle unliebsamen Konkurrenten der Welt richten.

– Die südeuropäischen Staaten der EU – Frankreich inbegriffen – stöhnen unter den von Brüssel (EZB) und dem IWF verfügten Sparprogrammen. Die vor allem darunter leidenden Volksschichten (Arbeitslose, Rentner, Invalide, Kranke usw.) protestieren immer energischer; ihre Wut richtet sich gegen die für die Misere letztlich verantwortlichen Grossbanken der Hochfinanz. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis es zu heftigeren Ausschreitungen kommt.

– Der 12. September 2012 war für Deutschland ein schwarzer Tag! An diesem Tage gab das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe grünes Licht für den «Europäischen Stabilitätsmechanismus» (genannt ESM). – Damit kann die Europäische Zentralbank (EZB) unbegrenzt Staatsanleihen von Schuldnerstaaten aufkaufen. Da diese dann mit durch nichts gedecktem Papiergeld bezahlt werden, wird die Notenpresse für Euros auf Vollgas laufen.

Wer es glauben kann, der glaube es, dass diese Flutung mit ungedecktem Papiergeld nicht zu einer Superinflation und letztlich zum Zusammenbruch unseres Finanzsystems führen wird.

– Ausserdem, mit dem ESM haben es die Bankenunion und die ge-



Rette sich vor der Inflation – letztlich wird sich Deutschland als «Euro-Leitwolf» selbst retten müssen.

nannten Länder geschafft, Deutschland ein zweites «Versailles» zu verpassen, also Deutschland finanziell in den Abgrund zu stürzen. Damit soll der ungeliebte deutsche Konkurrent nun wirklich endgültig ausgeschaltet werden können.

Euro-Koppelung als Damoklesschwert

Wenn ich von unserem Finanzsystem spreche, so meine ich auch unseren Schweizer Franken.

Durch die Anbindung des Frankens an den Euro (Fixation der Währungsrelation auf 1,20/1) und die zahlreichen Freihandelsabkommen werden wir in den kommenden Strudel hineingerissen.

Sicher würde das Aufgeben des fixierten Wechselkurses Arbeitsplätze kosten – aber wäre das so schlimm, wenn der Einwanderungsstrom unterbrochen, die Bevölkerungszahl wieder unter acht Mio. sinken würde und unsere Politiker aus dem Wachstumstaukel erlöst würden. Die kommenden Generationen würden es uns zu danken wissen. – Und zudem – je länger wir mit der Verteidigung der nationalen Interessen zuwarten – umso härter wird uns der Zusammenbruch des Euro treffen!

Die steinbrücksche Gefahr

Die kurzfristig und vordergründig wohl schlimmste Bedrohung unseres Rechtsstaates und unseres Finanzsystems wurde durch die

Ernennung von Peer Steinbrück als deutscher Kanzlerkandidat durch die SPD geschaffen. Mit seiner Arroganz und seiner Eitelkeit kennt er keine Hemmungen, ein befreundetes Land nicht nur verbal anzugreifen, er schreckt auch vor widerrechtlichen Aktionen (Hehleri!) nicht zurück. Wer das nicht glauben mag, schau seine Physiognomie an – wohl zu Recht wurde ihm in seinem norddeutschen Herkunftsort eine «Kodderschnauze» attestiert. Und er galt stets als frech und dreist; musste in Hamburg mehrmals das Gymnasium wechseln und zweimal eine Klasse wiederholen!

Steinbrück wird im kommenden Wahlkampf hemmungslos lügen und die Schweiz zum Prügelknaben für die Flüchtigen aus der deutschen Steuerhölle machen, um damit bei der Wählermasse zu punkten.

Am Golde hängt doch alles

Die Staatsverschuldung der Euro-Länder schwankte Ende 2011 zwischen 44,5% und 162,8% ihres Bruttoinlandproduktes. Der Durchschnitt lag bei 88%.

Begreiflich, dass bei diesen Staatsverschuldungen eine Flucht in die Realwerte, insbesondere ins Gold festzustellen ist.

Unbekümmert um die Diskussion, ob Gold nun wirklich ein sicherer Wert oder auch bloss eine Illusion

ist, stellen wir fest:

- Weltweit stocken die Zentralbanken ihre Goldreserven auf;
- Die russische Zentralbank kaufte allein im Juli 2012 18,7 Tonnen Gold;
- Als grosse Goldkäufer gelten zurzeit China, Indien, Mexiko, Thailand, Sri Lanka und Grossbritannien.

Und Brüssels Goldidee! Herr Barroso und Co. schlagen vor: *«Das Gold aller Zentralbanken der Euro-Länder – das sind 10'000 Tonnen – soll den Finanzmärkten und den Spekulanten als Sicherheit für weitere Kredite angeboten werden. Damit sollen Goldgedeckte Eurobonds ausgegeben werden. Und die Nationalbanken haften damit für die überschuldeten südeuropäischen Länder.»* Feine Idee – was!

Und wieder wird in verschiedenen EU-Staaten die Idee gewälzt, den privaten Besitz von Gold – in Barren oder in Münzen – zu verbieten, so wie dies während über 40 Jahren in den USA gehandhabt wurde.

Es gibt nichts Neues unter der Sonne! Der verstorbene Zürcher Privatbankier Ferdinand Lips hat sich zu seinen Lebzeiten intensiv mit der Goldfrage/Währungsrelation befasst. Hier zwei seiner markanten Aussagen:

– Papiergeld, das nicht mit Gold gedeckt werden muss und deshalb beliebig vermehrbar ist, verleiht einer kleinen Finanzelite unbegrenzte Macht. Manchmal will sie Krieg führen, ohne die Steuern erhöhen zu müssen; manchmal will sie so einen unbezahlbaren Sozialstaat finanzieren. – Gold ist die Währung der Freiheit und damit das letzte Bollwerk gegen die Machtgier einer kleinen Finanzelite.

Auch wenn Martin Vetterli im «Beobachter» vom 14. September 2012 diese Aussagen relativiert (respektive lächerlich macht!), wer die weltpolitische Situation kritisch analysiert, muss Ferdinand Lips Recht geben. Allerdings hat die Finanzelite einen Namen – aber man darf ihn nicht nennen, will man sich nicht des Antisemitismus verdächtig machen.

Tino Giacomo

Stärken wir die Aktionärsrechte – Ja zur «Abzockerinitiative»!



Der Tod für die Menschheit

L'anathème de Martin HEIDEGGER aurait très bien pu convenir en lieu et place du titre d'un ouvrage d'Yves Paccalet: «l'humanité disparaîtra, bon débarras!» (1) Constatons qu'en ce domaine, l'auteur de ce livre n'avait, il est vrai, que l'embarras du choix! (...)

«Qu'est-ce que l'homme?»

Selon la formule dévastatrice de PLATON, c'est «un animal à deux pieds sans plume». Un poulet peu poilu... J'ajoute: un ravageur imprévoyant; un destructeur invétéré; un saccageur qui n'a d'autre préoccupation que son intérêt immédiat; une espèce violente envers les autres comme envers elle-même; un danger pour tout ce qui respire.

Aux yeux du philosophe qui n'a jamais entretenu d'illusions, ou du moraliste qui a perdu toutes les siennes, l'homme est un poulet à deux pieds sans plumes qui descend des bactéries et qui y retourne après avoir saccagé le poulailler. Sauf miracle... Mais, je le rappelle, un miracle est un événement que tout le monde attend pour conjurer la catastrophe, et qui n'arrive jamais! En vérité, il incarne un presque rien à la surface d'une boule de matière minuscule, dans l'infini d'un univers qui n'a aucun besoin de lui et qu'il ne comprendra jamais, même si la relativité générale et la mécanique quantique sont plus proches du réel que les concepts bizarres des philosophes – les idées pures de PLATON, les monades de LEIBNIZ, la dialectique de HEGEL ou l'«être-là» de HEIDEGGER. D'où venons-nous?

«Les mystères du Créateur ou les énigmes de l'acide désoxyribonucléique nous resteront à jamais impénétrables» et aussi «j'ai peine à imaginer qu'un Dieu un tant soit peu malin ait pu créer un être aussi bête et méchant; aussi lâche et cruel; aussi borné et perfide. (Un Dieu qui se serait avisé de se transformer en un pareil monde, devrait avoir été vraiment possédé du diable.» Arthur Schopenhauer.

Je conçois mal que l'évolution darwinienne, qui ne s'encombre ni de morale, ni de finalité, ni de «dessein intelligent», ait pu favoriser une espèce aussi envahissante, nuisible, mal embouchée et peu durable. «L'homme est une espèce jetable, à l'image de la civilisation qu'il

a inventée et dont il est très fier!» Ici point de «droits de l'homme» surannés et lénifiants. Ouf! tout y passe et ce qui suit est de la même veine (...)

«L'espèce humaine détruit. Elle saccage. Elle abîme. Elle dynamite, elle éventre, elle défriche, elle bétonne, elle goudronne avec une ardeur inouïe et perverse. Elle met la planète à la torture. Elle la saigne.» «Mais notre montagne d'orgueil nous retombera sur la figure. (Mortel, que ton orgueil est vain et stupide; les vers s'engraissent dessus ta chair pourrie (Psaume protestant).»

«Nous défigurons la Terre-notre mère GAIA. Nous la griffons, nous la lardons de coups de poignard, nous la zébrons de plaies profondes et de cicatrices indélébiles. La biosphère n'y survivra pas. Et c'est ainsi que l'humanité disparaîtra.» Avant l'apparition de l'homme: 1 milliard d'espèces animales et végétales. Aujourd'hui: 10 millions environ. Soit 1%. «Avant l'homme, d'une façon toute «naturelle», la Terre perdait en moyenne dix espèces par an (elle en créait le même nombre). Notre genre a accru vertigineusement le rythme des extinctions: on en est à cent mille par an, soit une douzaine par heure. Une toutes les cinq minutes!

Les espèces végétales et animales s'éteignent à une vitesse effarante, affolante, désespérante. La biodiversité s'effondre. Les plantes et les animaux s'évanouissent en même temps que leurs biotopes. Pendant ce temps, la démographie – en dehors de l'Europe – progresse à une vitesse vertigineuse: «3 bébés par seconde. 260'000 par jour. 95 millions par an. La population de la France, de la Hongrie, de la Suède et de l'Autriche réunies. Un raz de marée de nouveaux-nés Déduction faite des chers disparus, notre peuple de bipède à poils rares s'accroît chaque année de plus de 60 millions de sujet. Une France supplémentaire tous les douze mois!»

Une seule bête colonise en masse, et depuis belle lurette, la planète entière; un mammifère vorace et égoïste; un primate, un singe anthropoïde, cousin de l'orang-outan, du gorille, du chimpanzé et du bonobo, l'homme, bien sûr!

Nous sommes trois cent mille fois plus gros que le moustique et nous



vivons mille fois plus longtemps. Comme simple animal (sans compter nos maisons, nos usines, nos véhicules), chacun de nous vaut trois cents millions de ces diptères. Les mêmes causes produisent les mêmes effets. Les moustiques nous sucent le sang. Nous l'écrabouillons d'une gifle. Nous aspirons le sang de la Terre: elle nous assènera une grande claque. Nous ne sommes ni le fleuron, ni l'orgueil, ni l'âme pensante de la planète: nous en incarnons la tumeur maligne. L'homme est le cancer de la Terre, on serait tenté d'ajouter: «...quel triste miracle qu'il puisse y vivre.» (CIORAN).

Les échéances à venir n'augurent rien de bon pour cette triste créature. Déforestation, pollution généralisée, disparition des poissons et crustacés des océans d'ici une cinquantaine d'années (étude américaine récente), conflits endémiques au Proche-Orient, avant la grande conflagration nucléaire.

Nous sommes ici évidemment très éloigné de l'angélisme humanitariste nonant, tout hirsute, ses calembredaines au gré du vent de la mode ou du terrorisme idéologique du moment. C'est nettement plus roboratif et fait davantage référence à ces mattres de l'ascèse de la pensée que furent Schopenhauer et Nietzsche.

Alors que faire, avant que «cet animal mégalomane voué à une fin catastrophique» (CIORAN) ne se porte l'estocade finale?

Tout d'abord, il est impératif de revenir à des conceptions et des com-

portements permettant à la Nature de recouvrer ses droits. Tous ses droits.

Agonisante, elle ne le pourra peut-être pas. Pas tout de suite. Afin qu'elle y parvienne, il faudra également renoncer définitivement à ces calamiteuses «idées» fausses issues du siècle prétendu des «Lumières» où le début de la fin de la civilisation fut diaboliquement élaboré, implacablement programmé, impitoyablement appliqué!

Emergeant des ténèbres où l'avait cantonnée les puissantes forces occultes de cette époque maudite, puis de la nôtre; libérée de ses vieux demons; arc-boutée sur les solides enseignements de ses mortels errements, l'espèce «nouvelle» se tournera-t-elle enfin vers un avenir et un ordre eux aussi réellement «nouveaux»?

Nous ne le saurons pas. Mais nous voulons quand même l'espérer et persistons malgré tout nous y employer.

*Pierre-Maurice Vernay,
président du DS Vaud, Remaufens*



Nous vous souhaitons de merveilleuses fêtes de Noël et un excellent début d'année !

Victoire en Ville de Genève**Le MCG a permis de boucler le budget 2013 avec succès**

Face aux problèmes sans fin du canton, le MCG se réjouit de voir que son action porte ses fruits en Ville de Genève. Grâce, en particulier, au rapporteur du budget 2013 le MCG Daniel Sormanni, la Commission des finances a réduit un déficit inquiétant.

Le budget de la Ville de Genève est sorti de la commission des finances, approuvé à l'unanimité. Cela fait 21 ans que ce n'était pas arrivé. C'est un réel exploit qui a été réalisé puisque le budget de la ville de Genève pour 2013 sort équilibré, alors qu'il était nettement déficitaire au départ.

Dans ce travail fructueux, le groupe MCG a joué un rôle moteur, avec l'action de ses conseillers mu-

nicipaux, Daniel Sormanni et Denis Menoud, membres de la Commission des finances.

Le MCG réalise ainsi l'une de ses promesses de la campagne électorale qui était d'avoir un budget équilibré.

L'arrivée du MCG au Conseil municipal de la Ville a permis une nette amélioration, ce dont nous pouvons nous réjouir. Nous ne sommes donc pas uniquement un parti de protestation mais également un parti de propositions et de réalisations efficaces.

Carlos Medeiros, président de la section MCG-Ville de Genève

Pascal Spuhler, chef du groupe MCG au Conseil municipal de la Ville

Le MCG avait raison de dénoncer la criminalité frontalière**Le Gouvernement français dénonce la «racaille» d'Annemasse**

Le Gouvernement français du socialiste Hollande vient de reconnaître qu'Annemasse est un lieu de haute criminalité, à côté d'autres villes criminogènes. C'est ce que le MCG dénonce depuis des années sans être entendu et c'est ce que nous a valu les pires accusations de la part de la gauche genevoise. Cette dernière est ainsi entièrement désavouée par nos voisins français.

Le MCG constate qu'il avait raison de tirer la sonnette d'alarme. N'en déplaise à l'angélisme de la gauche genevoise! Il y a à nos portes un nid criminogène clairement identifié

par les autorités françaises – de gauche contre lequel il faut se protéger. La future construction du CEVA nous préoccupe particulièrement parce que ce sera un aspirateur à criminalité, n'en déplaise aux hypocrites de la gauche genevoise et des opportunistes de l'Entente genevoise qui nient la réalité eux aussi.

Il faut instaurer une réelle protection pour les citoyens genevois, ce que réclame le MCG.

Roger Golay, président d'honneur du MCG

François Baertschi, secrétaire général du MCG

Ville de Genève**Sandrine Salerno et Esther Alder menacent une crèche!**

Le MCG est scandalisé par l'attitude irresponsable de Sandrine Salerno et Esther Alder.

Les conseillères administratives socialiste et verte de la Ville de Genève persistent dans un projet dangereux, en poursuivant l'expulsion des locataires, auprès du Tribunal des baux et loyers, sans tenir compte de la décision du Conseil municipal. L'abus de pouvoir est caractérisé.

C'est dans la villa Ambrosetti aux Eaux-Vives (route de Frontenex), que le duo rose-vert veut installer un centre pour femmes battues, qui doivent être protégées de leurs

maris violents.

Nous ne contestons pas ce projet mais son emplacement au-dessus d'une crèche. Le MCG a dénoncé le danger potentiel que représente pour les enfants cette proximité. Nous avons d'ailleurs été suivis par la majorité du Conseil municipal qui a décidé d'approuver la crèche et de demander un autre lieu pour les femmes battues. Ce qui permet par ailleurs de ne pas expulser les actuels locataires.

Refusant la démocratie municipale, les deux conseillères administratives ont commis un abus de pouvoir en poursuivant les expulsions

de locataires, ce qui est tout aussi scandaleux venant de deux partis qui prétendent fausement défendre les memes locataires.

En usant de méthodes soviétiques, le Conseil administratif bloque un projet et la construction de crèches

réclamées par de nombreux parents.

Pascal Spuhler, chef du groupe MCG au Conseil municipal de la Ville, Genève
Carlos Medeiros, président de la section MCG Ville de Genève

Frontaliers, directeur toulousain...**Scandales sans fin aux TPG**

Michèle Künzler continue à dénigrer les Genevois au profit de ses amis les frontaliers. La conseillère d'Etat est allée récupérer bêtement un pseudo-directeur à Toulouse, pour superviser les Transports publics genevois, selon «Le Matin» de ce jour (24.10.2012).

Comme si la gabegie actuelle ne suffisait pas, cette spécialiste en engagements frontaliers a jeté son dévolu sur une personne, qui ne doit probablement rien connaître des spécificités du réseau genevois. Nous allons certainement renouveler la triste et catastrophique expérience due à des directions choisies hors sol.

Plus de la moitié de frontaliers!!!

Hier, le «20 Minutes» (23.10.2012) indiquait que «le recrutement des TPG fait la part belle aux frontaliers», en ajoutant que «46,3% des chauffeurs engagés par la régie publique depuis début 2010 viennent de l'autre côté de la frontière».

En 2010, 36 des 37 chauffeurs em-

bauchés provenaient de l'autre côté de la frontière. Vu le chômage qui sévit à Genève, c'est une véritable insulte à la population genevoise.

Il est tout à fait inacceptable que le porte-parole des TPG argumente qu'un engagement de frontaliers est justifié du fait que la société est subventionnée à bien plus de 50% par les contribuables. Les mêmes contribuables qui doivent payer le coût du chômage.

Voilà où nous mène la politique catastrophique de Michèle Künzler. Déplorant une telle politique, le MCG invite cette conseillère d'Etat à quitter ce poste pour lequel elle n'est pas compétente en raison de son dogmatisme.

Le MCG continue à défendre avec détermination les résidents genevois contre l'invasion des frontaliers dans l'administration et les régies publiques.

Roger Golay, président du MCG

Pascal Spuhler,

vice-président du MCG

François Baertschi,

secrétaire général du MCG

Référendum à Carouge**Le MCG s'engage contre la hausse d'impôts!**

Ce soir 13 novembre 2012, la majorité du Conseil municipal a voté une hausse d'impôts. Ne pouvant le tolérer, le MCG va lancer, avec d'autres partis, un référendum quand viendra le délai légal. Nous en appelons aux Carougeoises et Carougeois de toutes opinions politiques de nous soutenir dans cette action.

Conseil administratif: «salaire» en forte hausse!

Le MCG ne peut accepter la hausse d'impôts, qui va frapper les habitants de Carouge dont beaucoup ont de la peine à joindre les deux bouts. C'est intolérable, alors que le «salaire» des Conseillers administratifs a augmenté, passant de 285'565 francs en 2010 à 338'400 francs pour 2013. Et c'est sans compter des avantages excessifs comme 10'000 francs de jetons de présence et près de 40'000 francs d'indemnités.

Le MCG dénonce les dépenses de prestige qui se sont multipliées ces dernières années. Comme la réfection absurde de certaines rues à des prix excessifs, ou des subventions distribuées tous azimuts à certains copains associatifs proches de la majorité municipale, afin de défendre leurs intérêts et non le bien des habitants.

Nous nous opposons également à la privatisation du contrôle du stationnement par la Fondation des parkings pour les zones bleues gérées à des prix excessifs en engageant des escouades de travailleurs frontaliers.

Le MCG propose de lancer un référendum unitaire avec tous les partis, citoyens et habitants qui s'opposent à cette hausse d'impôts.

Sandro Pistis, président de la section MCG-Carouge

François Baertschi,

secrétaire général du MCG

Leserbriefe**Zu den Multikulti-Parteien (Linke und Mitteparteien)**

Die Mitte-Parteien und viele Linke-Parteien tun oft so als wären sie nicht extrem. In den Medien werden sie oft als gemässigt dargestellt. Das ist ein Irrtum. In Tat und Wahrheit sind sie in gewissen Bereichen sehr extrem. Es sind extreme Internationalisten.

Beweis: Bevölkerung Schweiz: 1950: 4,7 Mio.; 2011: 8,0 Mio., das ist ein Zuwachs von **70%**. Die Schweizer haben eine tiefe Geburtenrate, somit dürfte dieser Zuwachs zum allergrössten Teil durch Ausländer verursacht worden sein. Zum Vergleich die Einwohnerzahlen der USA: 1950: 150 Mio; 2011: 308 Mio., das ist ein Zuwachs, von **105%**. Die Amerikaner haben eine höhere Geburtenrate als die Schweiz. Somit dürfte der Zuwachs der Ausländer in den USA

in **Prozent** in den gleichen Grössenordnungen sein wie die der Schweiz.

Die USA gelten als *das* Einwanderungsland auf dieser Erde, sie zählen zu den extremsten Internationalisten auf dieser Welt. Erstaunlich ist, das die Schweiz sich ebenfalls so verhält.

Für mich ist das ein sehr extremes Verhalten, wenn man die Bevölkerung praktisch verdoppelt ausschliesslich durch Ausländer.

An einem Beispiel sieht man dies genauer: Würde China seine Bevölkerung in 60 Jahren um 70% erhöhen (wie die Schweiz von 1950 bis 2011), dann hätten sie etwa 2,2 Milliarden Einwohner (Heute etwa 1,3 Milliarden). Was für ein Irrsinn.

Walter Huber, Basel

Stoppt Bundesrätin Widmer-Schlumpf!

Widmer-Schlumpf hat das Bankgeheimnis für Ausländer praktisch abgeschafft. **Darüber freuen sich England (Kanalinseln) und die USA (z.B. Delaware), denn sie halten hohnlachend an ihrem eigenen Bankgeheimnis fest.** Warum hat sie das getan? Nun, sie wurde Bundesrätin, indem sie als SVP-Frau mit den politischen Gegnern (SP und Grüne) paktierte und ihre Partei hintergangen hat. Folglich muss sie im Interesse einer Wiederwahl im Sinne der Linken agieren. Kernpunkte linker Politik sind unter anderem der EU-Beitritt, ein überdimensionierter Staatsapparat, Wirtschaftsfeindlichkeit, Regulierungsdichte und hohe Steuern.

Den nächsten Schlag gegen unser Land führt Widmer-Schlumpf, indem sie «Gespräche», in **Wirklichkeit Verhandlungen, mit der EU über die Harmonisierung, das heisst Erhöhung unserer Unternehmenssteuer aufnimmt.**

Im Klartext, die marode und hoch verschuldete EU wird bei der Festlegung unserer Steuersätze mitreden.

Warum ist die Bundesrätin gegenüber der EU so willfährig? Will sie sich, falls sie als Bundesrätin abgewählt werden sollte, auf diese Weise für einen Posten in Brüssel empfehlen?

Otto Weiersmüller, Uetikon

Schlechtes Signal an reiche Russen!

Da hiess es noch kürzlich von Seiten des links-grün dominierten Basler Regierungsrates, die Kontakte zu Russland, zwecks Aquirierung guter Steuerzahler für Basel-Stadt, sollten noch intensiviert werden. Man kann nur noch entsetzt darüber sein, wie widersprüchlich sowohl der Regierungsrat als auch der Basler Grosse Rat argumentieren, wenn es um die Abschaffung der Pauschalbesteuerung geht. Es ist absolut erschüt-

ternd, wie kurzsichtig und auch abschätzig die Basler SP-Finanzministerin Eva Herzog über reiche Ausländer urteilt: «Es seien bloss 19 Personen, welche davon betroffen sind und diese würden (angeblich) nur 2,3 Millionen Franken an Steuereinnahmen generieren.» Somit wären es immerhin Fr. 121'000.– pro Person im Jahr (0,15 Prozent der gesamten Basler Steuereinnahmen)! Es sei nicht so schlimm, wenn ein Teil dieser

guten ausländischen Steuerzahler von Basel wegziehen würden, dann kämen einfach wieder neue. Gemäss einer Umfrage in der «Basler Zeitung» (21.9.2012) sollen 69 Prozent der Befragten Ja zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung sagen, dies ist aber überhaupt nicht repräsentativ, zumal von Seiten des Basler Finanzdepartementes natürlich verschwiegen wird, dass beim Wegzug reicher Ausländer halt einfach die verbleibenden Schweizer Mittelständler verstärkt zur Steuerkasse gebeten werden.

Es wirkt höchst hoffärtig und arrogant, wenn die baselstädtischen Verantwortlichen meinen, reiche Ausländer kämen quasi per Knopfdruck und zahlen auf Kommando hohe Steuern nach ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft.

Wenn sich CVP-Grossrat Lukas Engelberger als Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) ebenfalls für die Abschaffung ausspricht, muss man sich fragen, wo liegt denn heute noch der Unterschied zwischen SP,

Grünen und CVP? Es ist seit eh und je so und ist auch heute immer noch wichtig, dass reiche Ausländer «gepflegt» und durch ein entgegenkommendes steuerliches Angebot umworben werden. Schafft man diesen Leuten gegenüber eine Atmosphäre von kommunistischer Aufbruchsstimmung, nach dem Motto alle Menschen in den gleichen Topf, alle müssen gleich viel von ihrem wirtschaftlichen Erfolg abgeben (versteuern), kehren viele Leute Basel den Rücken, ziehen in andere Kantone oder verlassen die Schweiz. Wollen wir das? Es ist undemokratisch, wenn ein Grossteil der 100 Basler Grossrätinnen und Grossräte die Wichtigkeit dieser Vorlage einfach herunterspielt. **Eine breite Diskussion auch über die Nachteile der Abschaffung der Pauschalsteuer ist notwendig; es braucht dazu – wie in anderen Kantonen – zwingend eine Volksabstimmung!** Es gilt zu bedenken: Wer Steuerprivilegien für reiche Ausländer abschafft, belastet verstärkt den Schweizer (Basler) Mittelstand!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Asylanten bekommen nur Nothilfe – makabres Gejammer

Es grenzt an Frechheit, die Nothilfe sei völker- und verfassungsrechtlich problematisch! Dies lässt sich berechnen! Asylanten bekommen in der Schweiz laut aktuellen Medienberichten 56 Franken Sozialhilfe pro Tag und Person. Da erwähnt eine grünliberale Nationalrätin anlässlich der Debatte im Bundeshaus, dies sei in der reichen Schweiz unwürdig! Da muss ich mich fragen, weiss der grösste Teil unserer Parlamentarier nicht, **wie viel die maximale AHV-Rente für verheiratete Paare ist. Sie beträgt im Jahr 41'760 Franken.**

Rechnen Sie selber den Höchstbetrag geteilt durch 12 Monate, dann auf 30 Tage und auf 2 Personen: Das ergibt 58 Franken, 2 Franken mehr als ein Asylant Sozialhilfe bekommt!

Davon bezahlt der Schweizer noch die Krankenkasse, den Mietzins, die Versicherung, den Eigenmietwert, versteuert das Geld nochmals mit Steuern, Selbstbehalte, Kleider und Lebensunterhalt! **Rentner bekommen 27'840 Franken. In 12**

Monaten macht das nach der gleichen Rechnung 38 Franken pro Person und Tag! Obwohl diese Schweizer Ehepaare und Alleinstehenden für diese AHV 44 Jahre gearbeitet und einbezahlt haben, bleibt nichts mehr übrig. Da gibt es Linke, Grüne und Vertreter der Mitte, die das Geld zum Fenster hinauswerfen und **jeder der seine Meinung dazu äussert, wird von ihnen als Rassist und Fremdenhasser abgetan.** Schämt euch! All diese Rentner werden deswegen nicht kriminell. Aber dies ist alles eine Schande für die Schweiz als ehrlichen Sozialstaat und eine gewaltige Ohrfeige gegen Rentnerinnen und Rentner und sozial schwache Eidgenossen! Und dies soll auch ein Denkanstoss an alle zukünftigen Rentner und vor allem an Junge sein, was sie erwartet, wenn mit unseren Sozial- und Hilfswerken auf diese Weise vorgegangen wird (Beispiele Caritas usw.). Mir tun unsere Enkelinnen und Enkel leid. Diese bezahlen dann die Zeche von unfähigen Politikerinnen und Politikern.

Peter Zumstein, Lungern

Volksrechte erhalten – Verfassungsgerichtsbarkeit verhindern!

Offizielles Organ der
Schweizer Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat /
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Talon bitte bis 31. Dezember 2012 einsenden an
Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern
oder mailen an schweizer-demokraten@bluewin.ch**

Neuer Partei und Zeitungsname

Ich schlage folgenden neuen Parteinamen vor:

.....

Abkürzung:

.....

Ich schlage folgenden neuen Zeitungsnamen vor:

.....

Ich habe folgende Vorschläge und Bemerkungen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Name/Vorname:

.....

Strasse/Hausnummer:

.....

Postleitzahl/Ort:

.....

Telefonnummer/Unterschrift

.....